

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlin in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.80 M., bei Platzvorrück 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Immer neue Winkelzüge. Wie die bayerische Einwohnerwehr gerettet werden soll.

München, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Meldung, wonach die Reichsregierung an die bayerische Regierung eine Note gerichtet habe, in der die Entlassung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr gefordert wird, ist insofern nicht richtig, als es sich lediglich um ein allgemeines Reifortrunds schreiben der Reichsregierung an sämtliche Einzelstaaten handelt. Dieses Rundschreiben befaßt sich mit dem vom Reichstag angenommenen Entwurf vom 23. März 1921 zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und legt unter Benennung des einschlägigen Wortlautes des Entwurfes die Ansichten der Reichsregierung an die Einzelstaaten in allgemeinen Ausführungen dar, welche Organisations nach der Ansicht der Reichsregierung unter das Entwurfsgesetz fallen. Von der bayerischen Einwohnerwehr ist überhaupt nicht die Rede. Die Reichsregierung hat nicht den Mut gefunden, gegen Bayern in dieser Richtung energische Schritte zu unternehmen.

Wie nun die Süddeutsche Presse erfährt, besteht in bayerischen Regierungskreisen die Absicht, eine Form zu finden, daß große Teile der bisherigen Einwohnerwehr in Gestalt eines sogenannten „Ortschutzes“ beibehalten werden können. Die in dieser Hinsicht mit Berlin gepflogenen Besprechungen haben nach der gleichen Meldung zu einem bescheidenen Ergebnis geführt. So versucht man auf allen möglichen Wegen durch Verhandlungen mit Frankreich, durch Umbildung der Einwohnerwehr in einen sogenannten Ortschutz und durch Bildung neuer Freiwilligenverbände um die Auflösung der Einwohnerwehren herumzukommen.

Die Freiwilligenwerbungen für Oberösterreich werden in München eifrig fortgesetzt. Die Angehörigen erhalten im Vereinslokal der Nationalsozialisten ihre Instruktionen und 500 Mark Handgeld. Am Mittwochabend sind neuerdings 300 Freiwillige von München nach Oberösterreich abgefahren. Die bayerische Reichswehr hat erhöhte Marschbereitschaft.

Der Reichsentwaffnungskommissar reißt nach München.

Berlin, 20. Mai. Laut Tagesblatt begibt sich der Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, in den nächsten Tagen nach München zwecks Rücksprache mit der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage.

Die Enttäuschung der französischen Imperialisten.

Erinnert man sich des siegreichen Kriegesgebrülls der imperialistischen Helden der französischen Kammer vor dem 1. Mai, erinnert man sich der Drohungen, die Briand damals fast täglich gegen Deutschland aussprach und die sich tatsächlich bis zur teilweisen Mobilisierung verdichteten, so wird man die schwere Enttäuschung der unentwegten Kriegsbeher darüber, daß alles friedlich abgelaufen ist und Frankreich sein Schwert wieder in die Scheide stecken muß, verstehen können. Natürlich suchen diese Leute jetzt ein Opfer, an dem sie ihre Wut auslassen können, und deshalb versuchen sie nun mit aller Macht, den Ministerpräsidenten Briand, der sich von dem tüchtigen Lloyd George über Ohr habe haben lassen, zu Fall zu bringen.

In der Interpellationsdebatte, die gestern in der französischen Kammer eingeleitet hat, wurde der Generalsturm gegen Briand eingeleitet. Am ersten Tage wurden gleich drei Redner vorgeschickt, die sich in erbitterten Angriffen gegen die schwächliche Politik Briands überboten. Die Interpellationsdebatte soll bis Sonntag dauern. Gelingt es, Briand zu stürzen, dann stürzt das ganze, mühsam zusammengebaute Gebäude des neuesten europäischen „Gleichgewichts“ zusammen und die Politik der Gewalt und des unerbittlichen oder offenen Krieges wird wieder aufleben, Europa verzerftbar ins Chaos gestürzt werden.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß Briand gestürzt wird. Denn trotz aller großen Worte wissen die imperialistischen Fronten genau, daß Frankreich zu schwach ist, um sich den Luxus zu erlauben zu dürfen, die ohnehin schon brüchig gewordene Freundschaft mit England, das durch den Sturz Briands schwer brüskiert würde, gänzlich aufs Spiel zu setzen, und überdies scheint ihnen der einstimmige Protest der französischen Arbeiterschaft gegen die Mobilisierung des Jahrganges 1919 doch in die Glieder gefahren zu sein. Wie können eben in Frankreich wie in England und in Deutschland die gleiche Erscheinung beobachten: das Proletariat ist noch zu schwach, um die Macht zu übernehmen, aber es ist schon stark genug, um dem Wiederaufleben der Kriegspolitik erfolgreich Widerstand leisten zu können. Deshalb können wir dem Ausgang der französischen Kammerdebatte mit aller Ruhe entgegenblicken.

Die Interpellationsdebatte.

Paris, 19. Mai. (U.) Die Sitzung der Kammer begann nachmittags drei Uhr. Briand und sämtliche Minister befanden sich auf der Ministerbank. Der Kammerpräsident verlas die eingehenden Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung. Briand verlangte die sofortige Besprechung der Interpellationen. (Zustimmung.) Der erste Interpellant war Tardieu, der die Londoner Verhandlungen bestig angriff und auf die letzte Rede Lloyd Georges

anspielte. Als der Redner sich über die Schwäche der französischen Regierung beschwerte, erscholl auf verschiedenen Seiten des Hauses Beifall. Tardieu versuchte dann nachzuweisen, daß die Resultate des Londoner Abkommens für Frankreich ungünstig sind. Er sprach lange über alle Abkommen, die seit dem Versailler Vertrag unterschrieben worden sind. Der Redner übte im weiteren Verlauf der Sitzung äußerst heftige Kritik an den Bestimmungen der Reparationskommission. Dabei erklärte er, daß diese Frankreich nur die Hälfte dessen brächten, was die französische Regierung zuerst verlangt habe.

Der nächste Redner ist Margaine, der seine Interpellation begründet und zunächst über das Resultat der Londoner Konferenz spricht. Er wendet sich sodann der oberirdischen Frage zu, prüft die Lage sowie die wirtschaftliche Bedeutung der Provinz und spricht über die verschiedenen Lösungen, die die Interalliierte Kommission unterbreitet hat. Um 4 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der Verhandlungen auf Freitagvormittag vertagt.

Briands Sturz möglich.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Nachrichten aus Paris lassen erkennen, daß, wenn auch nicht mit der Wahrscheinlichkeit, immerhin aber doch mit der Möglichkeit eines Sturzes des Kabinetts Briands in der heutigen Kammerdebatte gerechnet werden muß. Der Manchester Guardian spricht bereits von der Konferenz, die Lloyd George mit Briand oder seinem Nachfolger haben wird. Die Deutsche Allgemeine Zeitung will erfahren haben, der französische Minister Berthelot habe der englischen Regierung mitgeteilt, daß Frankreich nicht in der Lage sei, vor Montag ein Datum für die Zusammenkunft des Obersten Rates festzusetzen.

Werden die Sanktionen aufgehoben?

DA. Basel, 19. Mai. Eine Havasdepesche meldet: Die alliierten Sachverständigen haben sich mit überwiegender Mehrheit gegen eine Aufhebung der Zollgrenze am Rhein, sowie überhaupt gegen die Aufhebung der ersten Londoner Sanktionen ausgesprochen.

In einem gewissen Gegensatz zu der bevorstehenden Havas-Meldung steht folgende Drahtmeldung aus Paris:

Paris, 19. Mai. Nach einer Meldung des Journal verifiziert man, daß der englische Vertreter in der Rheinlands-Kommission eilig nach London berufen wurde. Diese Reise hänge zusammen mit einer Note, die die englische Regierung nach Paris gerichtet habe über die Aufhebung der Sanktionen, die vor einigen Wochen in London beschloffen worden seien, also über die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.

Deutsche Holzhäuser für Frankreich.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Im Wiederaufbaumministerium haben gestern, wie das Berliner Tageblatt erfahren haben will, Besprechungen stattgefunden, die der Lieferung von Holzhäusern im zerstörten Gebiet in Nordfrankreich galten. An der Besprechung waren Vertreter des auswärtigen Amtes sowie aller interessierten Berufsverbände beteiligt. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß im Laufe der nächsten Woche sich ein Vertreter des Wiederaufbaumministeriums nach Paris begeben wird, um mit dem französischen Wiederaufbaumminister Loucheur direkt Verhandlungen zu führen. Es wird sich vor allem darum handeln, die Liefermöglichkeiten für die von französischer Seite angeforderten Holzbauten zu eröffnen. Die französische Regierung wünscht angeblich die Lieferung von Konstruktionen, die eine gewisse Dauerhaftigkeit aufweisen zum Unterschied von den Holzhäusern, die in dem Vorschlag der deutschen Gewerkschaften erwähnt werden. Mit Baracken oder Blockhäusern sei den Geschädigten in Frankreich nicht gebient, aus diesem Grunde wird man erwägen müssen, welche in Deutschland zur Zeit verwendeten Systeme nutzbar gemacht werden können. Es war vor einiger Zeit von der Typenkonstruktion der Firma Mannesmann in Düsseldorf die Rede, doch kommen andre Vorschläge in Frage, über deren Verwendungsmöglichkeit und Ausfühbarkeit im einzelnen die bevorstehenden Verhandlungen in Paris völlige Klarheit schaffen sollen. Nach Abschluß dieser Besprechung wird in Deutschland sofort mit der Lieferung begonnen werden.

Noch ein Zeuge für die „verpöchte“ Einheitsfront.

München, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In einem Artikel zur politischen Lage macht der Präsident des Reichswirtschaftsrates Friedrich Ehler v. Braun folgende Mitteilung: „Ferner ist von mehrheitssozialdemokratischer Seite mit den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen Volkspartei, Fühlung genommen worden, um für den Fall der Ablehnung des Ultimatums eine Einheitsfront von Hergt bis Scheidemann zu bilden.“ Es scheint sich hier um dieselbe Einheitsfront zu handeln, die Dr. Heim vor kurzem „eine nie wiederkehrende verpöchte Gelegenheit“ nannte. Die Rechtssozialisten schweigen!

Vor neuen Verhandlungen?

Der heldenmütige Kampf, den die englischen Bergarbeiter nun schon die siebente Woche gegen die Herabdrückung der gesamten Lebenslage der englischen Arbeiterschaft führen, scheint in ein neues Stadium zu treten. Nach den zuletzt eingegangenen Nachrichten wird es binnen kurzem zu neuen Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern kommen. Die Frage, wer die Anregung dazu gegeben hat, ob sie von den Bergarbeitern oder von den Unternehmern ausgeht, ist gleichgültig, obwohl sie in der englischen Öffentlichkeit lebhaft besprochen wird. Der Bergarbeiterführer Smith hat vor einigen Tagen in einer von 1000 Bergarbeitern besuchten Versammlung ausdrücklich erklärt: „Die Bergarbeiter sind bereit, die Verhandlungen von neuem aufzunehmen, um zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen. Es müsse aber ein besseres System als das der nationalen Rasse Anwendung finden, ein System, das den Arbeitern ein gleichmäßiges höheres Existenzminimum über das von 1914 sichert.“ Er fügte hinzu, daß sie sich einem Urteil, das von nicht interessierter Seite gefällt wird, unterwerfen würden.

Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß die anfänglich aufgestellten Forderungen nicht mehr in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Ob freilich, wenn es bei den neuen Verhandlungen zu einem Übereinkommen kommt, die Bergarbeiter dem zustimmen, ist noch nicht ganz sicher; denn die Position der Unternehmer hat sich in letzter Zeit verschlechtert, nachdem die Vorräte aufgebraucht sind und nun die Konkurrenzkosten von allen Seiten ins Land kommen. Auch hat der Kampf in den letzten Wochen auf andre Arbeiterkategorien, besonders auf das Transportgewerbe und auf die Maschinisten in den Fabriken übergreifen, so daß Unternehmer und Regierung dazu übergegangen sind, Militär und sogenannte Freiwillige als Streikbrecher zu verwenden. Die belgischen und holländischen Doker weigern sich, Kohlen nach England zu verladen, in Frankreich macht sich dieselbe Bewegung bemerkbar. Geminnt diese Bewegung an Ausdehnung, so kommt die englische Industrie und der Verkehr nahezu zum Stillstand und dies würde auf die Haltung der Regierung und der Bergwerksbesitzer allerdings so einwirken, daß sie sich zu beträchtlichen Zugeständnissen an die Arbeiter bequemen müßten. Wie groß der Kohlenmangel in England ist, geht aus dem umfangreichen Kohlentransport aus Deutschland, Frankreich und Belgien hervor. Dem Berliner Tagesblatt wird berichtet, daß die deutschen Kohlenvorräte restlos abgefahren sind und die französische Regierung hat veranlaßt, daß die monatliche Ausfuhr deutscher Kohle 300 000 bis 450 000 Tonnen nach England betragen könne. Natürlich sind diese Mengen nicht imstande, den Bedarf in England zu decken, sie erschweren aber den dortigen Bergarbeitern den Kampf. Die Solidarität der französischen, belgischen und deutschen Kapitalisten mit ihren englischen Kollegen ruft nun auch die Arbeiterschaft zu größerer Aktivität auf. Die Zentrale der Bergarbeiter in Belgien hat beschloffen, daß vom kommenden Montag an jede Woche ein Tag gestreikt werde, um die Produktion zu vermindern und die Zufuhr nach England zu hindern. Außerdem sollen 200 000 Frank Unterstützung abgefordert werden.

Noch wichtiger als dieser Beschluß ist der der Vollzugsausschüsse der Eisenbahner und Transportarbeiter Englands vom 17. Mai, der ihren Mitgliedern die Beförderung der Einfuhrkohle untersagt. Dadurch kann es doch noch zu dem großen allgemeinen Ausstand kommen, der das ganze Wirtschaftsleben Englands lahmlegen und die große Kraftprobe zwischen der Arbeiterschaft und den Kapitalisten herbeiführen würde, dem man vor einigen Wochen ausweichen wollte.

Eine Niederlage der englischen Bergarbeiter ist eine solche der gesamten Arbeiterschaft und von den verhängnisvollsten Folgen. Darüber ist man sich auf allen Seiten klar.

In der Arbeiterschaft selbst kämpfen mehrere taktische Richtungen miteinander, daher auch die schwankende und zum Teil widersprüchliche Haltung, die seit dem 1. April eingenommen wurde. Was die Situation kompliziert, ist, daß der gegenwärtige Kampf sowohl politisch als auch wirtschaftlich ist. Begonnen wurde er vom Unternehmertum. Es wollte die Staatskontrolle über die Produktion, über die Preise und über die Löhne los sein und außerdem die Löhne im Durchschnitt um mehr als ein Drittel, in vielen Fällen um die Hälfte kürzen. Der englische Kohlenhandel sollte auf Kosten der Arbeiterschaft auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig gemacht werden. Die gesamte Arbeiterschaft Englands mußte das Vorgehen der Bergwerksbesitzer als Probestfall für die Herabdrückung ihrer Lebenslage auf die Vorkriegszeit und damit zu völliger Verelendung ansehen. Die öffentliche Meinung teilte sich sofort in zwei scharf getrennte Lager, von denen das der Arbeiterschaft das weitaus größte war. Es erstreckte sich nicht nur auf die Arbeiterschaft, sondern auch auf weite Schichten der übrigen Bevölkerung. Daß die Löhne mit einemmal so ungeheuer gekürzt werden sollten, das wollte weiten Schichten des Volkes nicht einleuchten, insbesondere die Beratheren wäh-

rend des Krieges und bislang trotz dieser Löhne gute Preise machten. Jetzt, wo ihnen die Konkurrenz ungleichmässig geworden ist, setzen sie sofort mit einem Plane vor, der beinahe die gesamte Öffentlichkeit gegen sie einnehmen mußte.

Die Bergarbeiter widerlegten sich dem schändlichen Hungerplan und die Folge war ihre Aussperrung am 1. April. Sie gingen so weit, daß auch die Mannschaften mit ausgesperrt und ihnen jeder Zutritt zu den Werken verboten wurde, die die Bergarbeiter zur Verrichtung der Rotarbeiten in den Betrieben lassen wollten. Die Unternehmer erklärten diese Maßregel damit, die Zurückgebliebenen würden doch nur Sabotage treiben. Als die Folgen dieser Maßregel in der teilweise beginnenden Ueberflutung der Schächte auftraten, lag die Kapitalistenpresse, die ausgesperrten verweigerten die Rotarbeiten. Damit sollte vor allem die für Arbeiter so günstige öffentliche Meinung gegen sie aufgebracht werden, was auch teilweise gelungen ist.

Die von der Regierung eingeleiteten Verhandlungen liefen auf ein für die Aussperrten äußerst ungünstiges Kompromiß hinaus. Da griffen die mit den Bergarbeitern in einem Dreierverband zusammengeschlossenen Eisenbahner- und Transportarbeiterorganisationen ein und stellten ein Ultimatum. Zu dem angekündigten Generalkrieg kam es aber nicht. Ein Teil der Gewerkschaftsleiter war von vornherein gegen den Generalkrieg gewesen, nicht, wie das kommunistische Geschrei lautete, weil sie Veräter waren, sondern aus Gründen, die außer Kommunisten alle Kämpfer prüfen müssen. Sie fragten: Kann die englische Arbeiterschaft jetzt den großen Kampf, der zu einem politischen Rechtskampf wird, aufnehmen und siegreich durchführen und hat sie die dazu nötigen Unterstützungsmittel? Ob die Umstände für einen solchen Kampf sprachen, wird man im Auslande wohl nicht gut entscheiden können. Was man aber beurteilen kann, ist, daß ein solcher Endkampf nicht mit einemmal durchgekämpft wird, sondern daß ihm kleinere und größere Etappenkämpfe vorausgehen werden. Der Verlauf des jetzigen Kampfes zeigt mit aller Deutlichkeit, daß ein Ausweichen auf die Dauer ausgeschlossen ist. Er zeigt aber weiter, daß die Taktik des Nur-Verhandelns Schiffbruch gelitten und ihre Zeit auch in England endgültig vorüber ist und daß dort, wie schon seit 1910 in immer steigendem Maße zu erkennen ist, die wirtschaftlichen Kämpfe immer mehr politische Kämpfe werden und die englische Arbeiterschaft immer geschlossener auf die politische Kampfbühne drängen. Die letzten Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Bergarbeitern zeigten die Regierung auf der Unternehmenseite und dies wird bei den kommenden Verhandlungen erst recht der Fall sein, es wird aber auch den Aufklärungsprozess in der englischen Arbeiterschaft beträchtlich fördern. Das ist jetzt schon der große Fortschritt, den der bisherige Kampf gebracht hat.

Klarheit, Herr Wirth!

Die neue Reichsregierung hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Uebernahme der Lasten, die die Unterzeichnung des Entente-Ultimatums bedeutet, für Deutschland nicht umsonst war. Sie soll Schlimmeres verhüten, indem sie die Forderungen des Ultimatums entschlossen und loyal erfüllt.

Dazu gehört strenge Durchführung der Entlassung und rücklichtlose Abweisung aller neuen Winkelzüge, wie sie die Rechtsparteien und die von ihnen geführte bayrische Regierung immer wieder praktizieren möchten. Die neuesten Münchener Meldungen lassen ernste Zweifel aufkommen, ob das Kabinett Wirth hier das Notwendige tut!

Nicht minder wichtig aber ist die Haltung der Reichsregierung in der oberschlesischen Frage. Auch hier muß jede Zweideutigkeit aufs höchste verwerflich wirken. Und ebenso jeder Mangel an Energie gegen die Zettelungen unverantwortlicher militärischer Organisationen und gegen amtliche Stellen, die unbekümmert um den Willen der Regierung solche Zettelungen aktiv oder passiv unterstützen.

Wohle Rundgebungen der Reichsregierung, wie die gestrige, in denen die Werbung von Freiwilligen für Oberschlesien bei Strafe verboten wird, genügen nicht. Sie diskreditieren vielmehr die Regierung, wenn gleichzeitig, wie das gestern der Fall war, gemeldet werden muß, daß ein Zug mit Orgeleschleuten und Kriegsausrüstung Dresden passieren konnte trotz pflichtgemäßen Einspruchs des Bahnhofsleiters. Unser gestriges Depesche über die Verhandlungen, die die mit Edelweiß und Falkenkreuz ausgestatteten Orgeleschleuten dem Vertreter des Hauptbetriebsrates zufügten, ist nämlich noch hinzuzufügen, daß der Zug trotzdem weitergeleitet wurde, was die Orgeleschleiden durch folgende Siegesmeldung von Dresden-Neustadt aus in ihre Drimat feierten: „Das erste Treffen ist siegreich bestanden, den Hauptbetriebsrat Dresden mit einer hübschen Tracht Prügel bedacht, im allgemeinen bei gutem Mute und gutem Appetit.“

Die Weiterleitung des Zuges und der Kriegsausrüstung konnte natürlich nur erfolgen durch Mithilfe der höheren Eisenbahnbürokratie, die also auf den Erlaß der Regierung pfeift. Will die Reichsregierung das dulden? Sollen wir abermals das Schauspiel erleben, das wir schon beim Baltikumabenteuer gesehen haben, daß militärische und zivile Behörden mit aller Gemütsruhe den Befehlen der Regierung zuwider handeln?

Welche Rolle die Orgeleschleuten in der oberschlesischen Affäre spielt, das mögen einige Stellen aus einem interessanten Brief zeigen, den der Unabhängige Zeitungsdiener veröffentlichten kann. Es heißt in diesem von Namslau, 16. Mai, datierten Schreiben:

„Ihr werdet doch auch schon von der Orgeleschleuten gehört haben? Nun, diese Organisation ist bei der jetzigen kritischen Lage das erste Mal in Aktion getreten. Tausende von jungen und auch älteren Leuten sind in der letzten Woche hier durchgekommen, alle nach Oberschlesien bezw. nach der von Korsantj besetzten Linie. Ein weiteres Vorgehen der Polen ist nun verhindert. Und ich hoffe, daß, sobald uns Oberschlesien oder ein Teil fest zugesprochen wird, der besetzte Teil von den Polen gesäubert wird. Die Leute sind aus allen Teilen Deutschlands. Viel Süddeutsche, in der Mehrzahl Studenten, sind darunter. Auch hier in Namslau existiert eine „Orgeleschleuten-Kompanie“, welcher ich auch schon lange angehört. Wir Orgeleschleuten sind eine ganz harmlose und vollständig unbewaffnete Vereinigung, nur im Ernstfalle ändert sich das Bild. Dann sind wir sofort militärisch organisiert — aber immer nur in Zivil. Unsere Führer sind alles ehemalige Offiziere. Der Organisation, welche sich über ganz Deutschland erstreckt, gehören ca. zwei Millionen Mitglieder an, und man kann wohl sagen, wenn man das nach unserm Namslauer Muster betrachtet, nur zuverlässige, ordnungsliebende Leute. Also, wenn Ihr vielleicht auch schon in den Zeitungen gelesen habt, daß Kreuzburg gefallen und Namslau vor der Besetzung steht, so ist das blöde Quatsch. Ein weiteres Vordringen der Polen ist verhindert und aus den anderen Teilen von Oberschlesien werden sie wieder hinausgewischt. Bei

uns werden immerfort gefangene polnische Insurgenten durchgebracht. Bei uns in Namslau ist eine Orgeleschleuten-Station — früher sagte man Divisionsstab — da werden sie verhört und dann nach Breslau ins Gefangenenlager gebracht.

Wenn Du gesehen hättest, mit welcher Begeisterung unsere Orgeleschleuten abgegangen sind und auch mit welcher Begeisterung wir unserm Namslauer Führer (ehemaliger Generalstabschef) Irene geschworen haben, dann hättest Du daran Deine Freude gehabt. Natürlich alles nur freiwillig. Aber mit der Zeit verbringt der rote Schimmel! Und Deutschland wird sich wieder emporarbeiten. Wir wollen uns mal in fünf Jahren sprechen. Adieu Frankreich! Was die Polen, wird eine böse Ernte ergeben!“

Die außenpolitische wie innere Gefahr, die die Orgeleschleuten, tritt aus diesen Zeilen deutlich hervor. Gleichzeitig kommt ein weiterer Beitrag zum Treiben der Orgeleschleuten in folgender Meldung:

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Das in Berlin erscheinende polnische Organ Dziennik Berlinski bringt gestern und vorgestern in Leitartikeln ausserordentlich Mitteilungen über ein Konzentrationslager bei Kottbus. In diesem Konzentrationslager in Slesow bei Kottbus werden in den Baracken 6 und 7 eine große Anzahl polnische Geiseln, vor allem Frauen und ältere Männer, darunter auch einige katholische Geistliche, gefangen gehalten. Diese sind in Oberschlesien in den von dem Aufstand unruhigsten Gebieten verhaftet und durch die Polizei und Orgeleschleuten nach Kottbus transportiert worden. Einer der Internierten schreibt in einem Brief an die Zeitung über seine Verhaftung und wie er auf dem Transport von Rosel nach Kottbus aufs schlimmste mißhandelt worden ist. An amtlicher zuständiger Stelle konnte man unserm Berliner Korrespondenten selbstmündlich keinerlei Auskunft über diese Tatsachen geben!

Daß die amtlichen zuständigen Stellen in diesen Dingen von einer sehr bezweifelnden Zugewandtheit sind, mußte selbst der Dresdner Vertreter eines so orgeleschleutenbegeisterten Blattes wie die Leipziger Neuesten Nachrichten erfahren. Er konnte gestern, wie er wechslend mittelst, über die Durchfahrt der Orgeleschleuten durch Dresden wieder auf dem Hauptbahnhof noch bei der Generaldirektion etwas erfahren! Obgleich es ihn doch so sehr drängte, die braven Patentreuzträger in Schutz zu nehmen. Dieses ausführliche Verlegenheitschweigen der amtlichen Stellen verschlimmert die Sache noch!

Um so energischer ist von der Reichsregierung zu fordern, daß sie unverzüglich Klarheit schafft, und zwar mehr durch Handlungen als durch Worte!

Es gilt jetzt die Feuerprobe, Herr Wirth!

Der Kampf um Oberschlesien.

Die deutschen Nachrichtenbüros berichten heute über eine neue Verschärfung der Lage in Oberschlesien. Insbesondere wird gemeldet, daß die polnischen Aufständischen versuchten, das linke Oderufer zu gewinnen. Ferner wird von einem neuen Vorstoß auf Gleiwitz und einem angeblich bevorstehenden Angriff auf Kattowitz berichtet. Es scheint, so, als seien diese Berichte von gewisser interessierter Seite absichtlich diktiert, um die Notwendigkeit des Ausbaues der deutschen Selbstschutzzorganisationen und der Heranziehung der Orgeleschleuten aus dem übrigen Reich zu beweisen. Dieser Eindruck wird verstärkt durch eine Erklärung des deutschen Plebiszitarkommissariats in Weizsäcker, daß trotz des Verhaltens einiger Verbündeter der polnische Zustand in der Auflösung begriffen ist. Man muß also die anderslautenden Meldungen, die über die Verschlimmerung der Lage berichten, mit großem Mißtrauen aufnehmen. Jedenfalls beweist die Erklärung des Plebiszitarkommissariats, daß die Situation in Oberschlesien keineswegs die Bildung und das Eingreifen auswärtiger Freiwilligenformationen erfordert. Es wird danach ganz offenkundig, daß die Orgeleschleuten mit ihrem Feldzug nach Oberschlesien in Wirklichkeit ganz andre Zwecke als den Schutz der Deutschen Oberschlesiens verfolgen. Das hat man in den Kreisen der Alliierten selbstverständlich längst erkannt und deshalb fordert die Entente die sofortige Auflösung dieser Freiwilligenverbände. Selbst italienische Offiziere, die sich bisher dem Eingreifen des deutschen Selbstschutzes gegen die polnischen Aufständischen besonders günstig zeigten, erklärten, wie der Vertreter der Frankfurter Zeitung von zuverlässiger Seite erzählt, bei Erörterung der Tatsache, daß in Berliner Blättern Aufzüge zur Bildung bayrischer Freiwilligenverbände erschienen, sie würden das Eingreifen bayrischer Freiwilliger an der oberschlesischen Kampffront keinesfalls dulden. Diese Tatsache zeigt, daß das Treiben der deutschen Nationalisten nur geeignet ist, Deutschland die Sympathie ihm bisher freundlich gesinnter Kreise zu verschmerzen. Um so mehr muß verlangt werden, daß die Regierung dem nationalistischen Unfug ein Ende macht. Etwas ähnliches scheint sich jetzt auch die Regierung angesichts der drohenden Haltung der Entente gegenüber dem Orgeleschleutenfeldzug zu einem Eingreifen aufzuringeln zu wollen. Wie das Berliner Tageblatt meldet, hat sich das Reichskabinett gestern mit der Ausarbeitung der Antwort auf die Note des Generals Wolff, in der die Auflösung der Freiwilligenformationen in Oberschlesien verlangt wird, beschäftigt. In ihrer Antwortnote werde die deutsche Regierung erklären, daß von ihr umgehend die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden, um die Bildung neuer Freikorps zu verhindern. Werbungen für solche Formationen sollen unter Strafe gestellt werden. Außerdem werde die Reichsregierung sofort Maßregeln zur Auflösung der Freiwilligenformationen, die sich bereits gebildet haben, ergreifen. Hoffentlich lassen die angekündigten Maßnahmen nicht wieder solange auf sich warten, wie man das bisher gewöhnt war.

Die Konferenz des Obersten Rates, die sich mit der Regelung der oberschlesischen Frage beschäftigen soll, wird sicher in den nächsten Tagen zusammentreten, sie dürfte nur bis nach der Beendigung der Debatten in der französischen Kammer verschoben werden. Nach einer Meldung des Pariser Matin soll der Konferenz ein Antrag Englands vorgelegt werden, die Entscheidung über Oberschlesien zu beschleunigen, und zwar auf Grundlage der Zuteilung von nur zwei Kreisen des Abstimmungsgebietes an Polen. (Es dürfte sich hier vermutlich um die Kreise Pleß und Ragnitz handeln. D. Red.) Andererseits meldet der Temps, daß die Vertreter der französischen und belgischen Regierung im Obersten Rat nach wie vor für die Zuteilung des gesamten oberschlesischen Industriegebietes an Polen eintreten werden.

Daneben werden auch noch andre Projekte für eine Lösung des oberschlesischen Problems gemeldet. So wird u. a. berichtet, in Berliner diplomatischen Kreisen verlautete mit großer Bestimmtheit, daß die polnische Regierung Deutschland ein Anrecht

machen will, wonach, wenn das obererschlesische Industriegebiet an Polen fallen sollte, Polen geneigt wäre, einen entsprechenden Teil der deutschen Reparationen zu übernehmen. In Berlin wird jedoch ein solches Angebot abgelehnt.

Ueber einen andern Plan, der angeblich in italienischen und englischen Kreisen erwogen wird, berichtet die Chicago Tribune. Danach sollte Oberschlesien unabhängig gemacht werden, entweder unter der Herrschaft des Völkerbundes, wie das Saargebiet, oder unter einem unmittelbaren Regime der alliierten Mächte. In Frankreich sehe man ein, daß es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge fast ganz unmöglich sei, Polen den ganzen Industriebezirk zu sichern. Es sei auch geplant, nach einer gewissen Zeit die Abstimmung zu wiederholen. Man darf diese Meldung wohl als einen Versuchsballon betrachten. Sollte eine solche Regelung wirklich geplant sein, so würde sie sicher in Polen ebenso wie in Deutschland auf gleich starken Widerstand stoßen. Sie würde in Wirklichkeit keine Lösung der oberschlesischen Krise bedeuten, sie würde die tatsächliche Lösung nur hinausschieben und damit zu einer weiteren Verschärfung des Konflikts führen. Aus diesem Grunde müßte diese provisorische Regelung auch von uns als unzulässig und schädlich abgelehnt werden.

Die Konferenz der Alliierten.

London, 19. Mai. Neuer erzählt aus wohlunterrichteten Kreisen, daß alle Aussicht dafür besteht, der Oberste Rat werde zum Wochenende zusammentreten. Bisher liege von französischer Seite kein Anzeichen dafür vor, daß die Franzosen nicht bereit seien, sobald mit ihren Alliierten auf der Konferenz zusammentreffen. Der Eindruck sei vielmehr der, daß die Franzosen dazu willens seien, sobald Briand seine Erklärung in der französischen Kammer abgegeben haben werde. Es wird behauptet, daß alle guten Resultate, die aus der Abhaltung der Konferenz folgen könnten, zunächst gemacht werden würden durch einen Ausschuss um einige Wochen, für den gewisse Kreise eintreten. Eine Verzögerung einer endgültigen Aktion könne die Lage nur erschweren. Es sei aber wenig wahrscheinlich, daß diese Konferenz zu irgend einem bestimmten Beschluß bezüglich der Zuteilung der streitigen Gebiete kommen werde. Sie werde sich vielmehr auf eine Besprechung der allgemeinen Politik beschränken.

Rom, 20. Mai. (I. V.) Graf Sforza ist am Donnerstag nach Boulogne abgereist.

Aufnahme der neuen Erklärung Lloyd Georges.

London, 18. Mai. Die heute abend bekanntgegebene Erklärung Lloyd Georges zur oberschlesischen Frage findet in der gesamten Presse größte Beachtung und wird als ernste Warnung an Frankreich angesehen. — Wie die Blätter melden, wird Lloyd George morgen abend beim Essen, das der Platin Club zu Ehren des neuer amerikanischen Botschafters Harzen gibt, wahrscheinlich eine wichtige Rede halten, die hauptsächlich die oberschlesische Frage behandeln dürfte.

Bestimmter Gazette schreibt über den britischen und den französischen Standpunkt, jede Politik, die sich auf die Absicht gründet, schuldig oder schuldig Millionen Deutsche im Zustande der Unterwerfung zu erhalten, müsse fehlschlagen. Frankreich müsse Deutschland fair play geben und die Möglichkeit, zur Ruhe zu kommen.

Wall Mall and Globe erklärt, das französische Volk müsse verstehen, daß England unbedingt jede Beteiligung an solchen Abenteuern, wie dem polnischen, ablehne und es Deutschland überlassen werde, nach freiem Ermessen mit jedem mutwilligen Angriff der Polen fertig zu werden.

Aus Paris wird berichtet:

Briand hat zu der gestrigen Rundgebung Lloyd Georges, die er durch das Neutribunale verbreiten ließ, in zwei Erklärungen Stellung genommen. Dem Vertreter des New York Herald gegenüber äußerte er sich dahin, daß Lloyd George gegenwärtig eine kurze Spanne schlechter Laune zu überwinden habe, daß diese aber bald vorübergehen werde, ohne Schlimmes anzurichten.

Dem Vertreter der Daily Mail in Paris erklärte er: Auch wir wünschen, daß der Vertrag von Versailles durchgeführt werde. Aber darin ist nicht davon die Rede, daß Deutschland die reichen Kohlenbecken erhalten und Polen sich mit dem Rest begnügen solle. Ich wünsche keine Kontroverse mit Lloyd George einzuflechten. Ich halte mich völlig an das, was ich Sonnabend den Journalisten erklärte und werde in der Kammer noch ausführlicher darüber sprechen.

Der Matin nimmt zur Rede Lloyd Georges wie folgt Stellung: Wenn Lloyd George sagt, daß man die Kinder nicht das Geschick zerbrechen lassen dürfe, so dürfte man dies auch den Eltern nicht erlauben, weil diese nicht die Entschuldigung der Unerschaffenheit für sich beanspruchen können. Wenn Lloyd George weiter erklärt, jetzt keine Truppen zu haben, die er nach Oberschlesien schicken könnte, so ist dies sehr bedauerlich, weil die englischen Truppen ja wenigstens dazu beigegeben hätten, die Ordnung wieder herzustellen, während die Reden Lloyd Georges das gerade Gegenteil bewirkten.

Es ist de Paris fürchtet, daß die Entente cordiale auf dem Spiele stehe. Wenn aber das Bündnis mit England dazu führen sollte, daß es den Forderungen Frankreichs entgegengehe, so müßte man sich nach dem Werte derselben fragen. Wenn Lloyd George sich weiter darauf beruft, daß die Mehrzahl der Amerikaner, Engländer und Italiener seinen Standpunkt billigen, so müßte man darauf antworten, daß es sich hierbei um eine Frage von größter nationaler Wichtigkeit für Frankreich handle und man daher nicht damit einverstanden sein könne, daß die Mehrheit zu entscheiden habe.

Die Erklärung der polnischen Regierung.

Warschau, 19. Mai. Die von dem Ministerpräsidenten Witos vor dem Sejm verlesene Regierungsdeklaration polemisiert in hohem Maße gegen historische und statistische Ausführungen gegen Lloyd George, versichert aber im übrigen die Alliierten der Unabhängigkeit Polens und enthält insbesondere eine Verbeugung vor Amerika. Zum Schluß macht Witos dem Sejm folgende Mitteilung: „Soeben erhielt die polnische Regierung von der französischen Regierung die Versicherung, letztere würde nie zulassen, daß über Oberschlesien entgegen dem Versailler Vertrag und den Ergebnissen des Plebiszit entschieden werde, noch daß deutsche Truppen und Munition nach Oberschlesien geschickt werden.“ (Zu dieser Befreiung, die Abgeordneten und die Regierungsvertreter erheben sich von ihren Sitzen und bringen Hochrufe auf Frankreich aus.) Daraufhin hat die Regierung beschlossen, nochmals an die Führer der Aufstandsbewegung einen Aufruf zur Liquidierung des Aufstandes zu erlassen. (Lautlose Stille.) Die polnische Regierung verharret auf dem Standpunkt des Versailler Vertrags und unternimmt den erwähnten Schritt in der Ueberzeugung, daß sämtliche Alliierte, einschließlich Englands, den Einmarsch deutscher Truppen nach Oberschlesien nicht zulassen werden.“ (Schwacher Beifall. Rufe: Hoch die Unabhängigen!) Damit schloß die Regierungserklärung, deren Besprechung auf die nächste Sitzung am Freitag verlagert wurde.

Die Verluste der Aufständischen.

Einem polnischen Bericht zufolge haben die Polen seit Beginn des Aufstehens 928 Tote und über 1400 Verwundete verloren.

Abberufung De Ronds?

Doppel, 20. Mai. (I. V.) Die Doppelner Nachrichten bringen an der Spitze ihrer Donnerstag-Nachmittagsausgabe folgende Meldung: „Es tritt immer stärker die Annahme auf, daß durch die letzten Vorgänge die Stellung des Generals De Rond unhaltbar geworden ist und daß seine Abberufung unmittelbar bevorsteht.“

Ein bezeichnender Prozeß.

Estern fand vor dem Landgericht Dresden die Berufungs-Verhandlung in einer Prozeßsache gegen den Genossen Edel statt. Gegenstand der Anklage war eine angebliche Beleidigung der Reichswehroffiziere. Vor zirka 1 1/2 Jahren war in der Unabhängigen Volkszeitung eine Notiz: „Was wird aus Koffbach?“ erschienen, in der die Machenschaften des Baltikumoffiziers gebrandmarkt, der Mann als notorischer Verbrecher bezeichnet und daran die Forderung geknüpft wurde, daß die Reichswehroffiziere zu lauter Koffbachs würden, wenn die Reichsregierung es wage, gegen sie vorzugehen. Durch die Grabnauerregierung, bzw. durch die Reichsjustizstelle der Staatsanwaltschaft war zur Zeit Strafantrag veranlaßt worden, und obwohl der Kapp-Putsch das Geschehene seldner nur zu sehr bekräftigte, sah sich der Justizminister Dr. Harnisch entgegen seinem Versprechen auch nicht zur Amnestie veranlaßt. In der Verhandlung vorm Schöffengericht erhielt Genosse Edel 200 M. Geldstrafe. Dagegen hatten der Staatsanwalt, sowie der Berufliche Berufung, eingelegt. Während der Staatsanwalt wegen der „Schwere der Beleidigung“ Gefängnisstrafe wünschte, rügte Genosse Edel die Verurteilung des Schüßes von § 193. Zunächst seien die Reichswehroffiziere nicht als Verbrecher bezeichnet worden. Aber wären sie als Verbrecher bezeichnet worden, sei das durch die Ereignisse durchaus bewiesen worden. Der Ausdruck notorischer Verbrecher, politisch aufgefaßt, sei keine Beleidigung. Die Abtät der Beleidigung bestreite er, da sich der Kampf der MSP. nicht gegen Personen als solche richtet. Die Reichswehr-offiziere handelten tatsächlich, wie der Artikel voraussetzte, solidarisch mit ihren Kameraden und überdies gehorchten sie ihren Vorgesetzten, die tapferlich orientiert waren. Die Gründe des Genossen Edel waren von der Vorinstanz zum Teil anerkannt worden. Auch die Notwendigkeit der Klageerhebung hatte das Schöffengericht dahingestellt sein lassen. Bezeichnend genug für die Praxis des Justizministers Dr. Harnisch, mit solchen Dingen die Gerichte aufzuhalten. Verkannt war aber vom Schöffengericht, daß die Behauptung, als erweilte Tatfache nicht als Beleidigung bestraft werden konnte. In zweiter Linie mußte aber anerkannt werden, daß die fragliche Notiz als Warnung in der Absicht geschrieben war, die Interessen der Gesamtheit und vor allem die des Beklagten selber wahrzunehmen. Wenn jemals, führte Genosse Edel aus, so komme hier der § 193 in Betracht.

Das Gericht verwarf die beiderseitigen Berufungen. Bei der „Schwere der Beleidigung“ käme eine Freisprechung nicht in Betracht, andererseits sei schon auf eine genügend niedrige Strafe erkannt.

Der andre Teil der Prozeßsache fußte auf einem Artikel in der Unabhängigen Volkszeitung, in dem ein provokatorischer Befehl des Generals Senft v. Pflaß, den er im Januar 1920 anlässlich einer Demonstration der Leipziger Arbeiterschaft öffentlich anschlagen ließ, als „Hunnenbrief“ bezeichnet worden war. Die Sache hatte das gleiche Vorbild. Genosse Edel stellte die Notwendigkeit der Kritik fest. Der Ausdruck Hunnenbrief sei keine Beleidigung, da er selbst im Zusammenhang mit der Person des ehemaligen deutschen Kaisers nicht als solche angesehen werden würde. Dagegen hatte das Schöffengericht die Meinung vertreten, daß durch die ausländische Presse im Kriege der fragliche Begriff eine andre Bedeutung erlangt habe und war zur Verurteilung gekommen. Das Landgericht sprach den Genossen Edel frei, indem es ausführte, daß ihm nicht widerlegt werden könnte, daß eine Beleidigung nicht beabsichtigt war. Insofern sind also die Bemühungen der Drahtzieher des Prozesses kläglich gescheitert, wie sie wohl auch im übrigen der Ausgang des Prozesses kaum befriedigen dürfte.

Daß der Prozeß überhaupt wiederum stattfinden konnte, ist charakteristisch für unsere Rechtszustände.

Die „geistigen Waffen“ der Kommunisten.

In Anhalt findet am Sonntag, dem 22. Mai, eine Landeskonferenz unserer Partei statt, in der Genosse Wih. Dittmann über die politische Lage referieren wird, anschließend soll er in einigen öffentlichen Versammlungen sprechen. Die Anhaltler Kommunisten haben Grund, diese Agitation zu fürchten. Sie geben das zu erkennen in einer Notiz der Tribüne für Magdeburg-Anhalt. Das kommunistische Blatt schreibt:

„Als Referent wird W. Dittmann-Berlin genannt. Er kommt als Redner in der Rot, Schuldbeladen von der letzten Aktion. Der Veranstalter der Bartholomäusnacht vom 12. Januar 1920, jehler Sittenwächter und Hochverräter der proletarischen Revolution, muß gebührend empfangen werden.“

So schreiben Feiglinge, die zu Gewalttätigkeiten aufstehen wollen, ohne es direkt zu sagen. Was die Kommunisten unter „gebührendem Empfang“ verstehen, das wissen wir aus Hamburg her, wo Genosse Dittmann die „geistigen Waffen“ der Kommunisten zu spüren bekam. Daß sie sich mit solchen Methoden ihr eigenes Grab schaufeln, das merken diese fanatischen Apostel der roten Gewalt nicht; alles, was die Arbeiterschaft in langer Organisationsarbeit an Erkenntnissen erarbeitet hat, wird von ihnen unter die Füße getreten.

Recht bleibt eben Recht!

Recht bleibt eben Recht in Deutschland! Unglaublich? — Nein, es ist wahr. Glaubt es nur, ihr lieben Leser; oder ihr werdet vielleicht überzeugt auf jene bärische Art, wie mich heute mein Gegenüber überzeugte. Mein Gegenüber — das heißt jener brave Bürgersmann am Stammtisch im roten Ochsen, dem Tische gegenüber, an dem ich, der Stammesfremde, saß. In jener Art, die überzeugt aus dem Leibblatt und mit Empfindung: „Das mögen uns die andern erst mal nachmachen!“ Und dann wird sich selbst der verstockteste Zweifler überzeugen und mit innerer Befriedigung feststellen: „Wah! — Es wird munter! — Es waltet wieder Recht! Das deutsche Recht — nämlich. Und nimmt sie ordentlich am Schlafittchen; die Kriegsverbrecher — nämlich!“

„Gleich drei hat das Reichsgericht erwirkt; drei auf einen Sitz — gleich drei!“

Drei Pioniere nämlich, die in Ebingen bei Ulm auf einer Bierreise einen Wirt Canon ausplünderten, sind die ersten.

„Ich kenne die Gegend,“ sagte mein Gegenüber. — „Aber das mögen uns die andern erst mal nachmachen!“

„Und wie! — Fünf, vier und zwei Jahre hat es ihnen aufgebrannt, den drei Lumicken, die die deutsche Mannesucht so herabwürdigten.“

„Und wie!“ wiederholte der Brave nochmal und fügte hinzu: „Recht bleibt eben Recht — und das findet man nur bei uns. — Das mögen die andern uns erst mal nachmachen!“

„Recht bleibt eben Recht,“ dachte auch ich — und überlegte:

„Drei Pioniere plünderten auf einer Bierreise den Wirt Canon in Ebingen bei Ulm und schafften dafür fünf, vier und zwei Jahre Recht aufgebrennt. Mit Recht — natürlich. — Sm! Wenn da erst mal die größeren und größten Kriegsverbrecher, die gleich ganze Völker ausplünderten bis aufs Hemd, — wenn — wenn erst die in die Fänge des Reichsgerichts geraten; das mögen uns die andern dann erst mal nachmachen!“

U. G.

Der neue Kurs.

Erhöhung der Brotpreise!

Köln, 20. Mai. Reichsernährungsminister Dr. Hermes stellte in einer Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft und der christlichen Gewerkschaften in Köln fest, daß eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung im Vergleich mit dem vergangenen Jahre eingetreten und daß die Brotversorgung für das gegenwärtige Wirtschaftsjahr gesichert sei. Eine Erhöhung der Mehlpreise lasse sich jedoch nicht vermeiden. Unter Einführung eines Uebergangsverfahrens erklärte sich der Minister für den Abbau der Getreidezwangswirtschaft.

(Eine ausführliche Besprechung und Kritik der geplanten Neuregelung der Getreidewirtschaft finden unsere Leser in unserer heutigen Wirtschaftlichen Wochenschau. D. Red.)

Der Rechtssozialist als „Ordnungshüter“.

Der noch immer ohne ersichtlichen Grund in der Provinz Sachsen bestehende Ausnahmezustand zeitigt eine Polizeipraxis, die der Nadelstichpolitik unter dem früheren preussischen Polizeipräsidenten Krüger in Magdeburg einen neuen Beweis für seine Eignung als Mittel der Reaktion erbracht. Pfingsten wollten in Magdeburg die Anarchisten Deutschlands tagen. Alles war vorbereitet, die Kongress wurde in der vorgeschriebenen Zeit angemeldet. Die Delegierten waren zum Teil schon unterwegs. Da kam von dem Magdeburger Polizeipräsidenten das Verbot des Kongresses. Die Vertreter der anarchistischen Organisation wurden vorstellig, aber das Verbot blieb bestehen. Auch das Angebot der Anarchisten, wenigstens unter Ueberwachung tagen zu dürfen, wurde abgelehnt.

Wir gleiten langsam, aber sicher in die vorrevolutionäre Polizeipraxis zurück. Und Rechtssozialisten helfen dabei.

Entschädigung für die zerstörten Luftschiffe.

Berlin, 19. Mai. Auf Grund des Londoner Ultimatus hat die interalliierte Luftfahrtkontrollkommission dem Auswärtigen Amt unter dem 18. Mai eine Note zugehen lassen, die sich mit der Frage der Entschädigungen für die im Sommer 1919 zerstörten sieben Marineluftschiffe befaßt. Es wird darin entsprechend der von der Luftfahrtkonferenz bereits im vorigen Jahre getroffenen und in das Ultimatum aufgenommenen Entscheidung die Auslieferung der beiden Zivilluftschiffe „Nordstern“ und „Bodensee“ verlangt. Die „Nordstern“ soll noch vor dem 20. Juni 1921 an Frankreich ausgeliefert werden, während sich die Kontrollkommission wegen der Uebergabe der Italien zugewiesenen „Bodensee“ eine weitere Mitteilung vorbehalten hat. Was die Entschädigung für die übrigen fünf Luftschiffe anbelangt, so kann diese nach Entscheidung der Luftfahrtkonferenz in Geld oder aber auch in Ersatzbauten geleistet werden. Die näheren Bestimmungen sollen durch einen besonderen Vertrag geregelt werden, den die Kontrollkommission dem Auswärtigen Amt demnächst übermitteln wird.

Die Garantiekommision.

Paris, 19. Mai. Wie der Temps mitteilt, wird die Reparationskommission heute die Prüfung über die Einsetzung der im Londoner Abkommen vorgesehenen Garantiekommision beginnen. In der Kommission werden vertreten sein England, Frankreich, Italien und Belgien. Auch die Vereinigten Staaten könnten sich, wenn sie wünschten, vertreten lassen. Es stehe noch dahin, welche andern Länder in einem späteren Zeitraum in den Garantieauschuss entsendet werden.

Abrüstung und Friedensresolution.

Paris, 19. Mai. Chicago Tribune meldet aus Washington, die Regierung habe ihren Widerstand gegen den im Senat eingebrachten Abrüstungsantrag gestern aufgegeben, als der republikanische Senator Poindexter ankündigte, daß die Republikaner sich ihres Versprechens, die Politik des Präsidenten nicht zu behindern, ledig betrachteten und für den Antrag Votum stimmen würden, wenn sie es für angebracht hielten. Wie man glaube, habe Oberst Harboer bereits mit den andern Regierungen Fühlung genommen wegen eines internationalen Vorgehens in der Abrüstungsfrage, für das die Regierung der Vereinigten Staaten den Obersten Rat als die geeignete Stelle betrachte.

Chicago Tribune teilt ferner mit, Präsident Harding habe sich mit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Resolution Knox vor dem Repräsentantenhaus einverstanden erklärt.

Die Konferenz von Rom ergebnislos.

Rom, 19. Mai. (Dl.) Die in Rom tagende Konferenz der österreichischen Nachfolgestaaten ist vor der Zeit abgebrochen worden, da die österreichische Delegation die Forderungen der Entseßungsstaaten als völlig unannehmbar erklärte und unter Hinweis auf den Vertrag von St. Germain aufs äußerste bekämpfte.

Erzherzog Karl will die Schweiz verlassen.

Wie die Schweizerische Depeschagentur meldet, hat der Erzherzog Karl von Ungarn dem Bundesrat die Mitteilung zukommen lassen, daß er im Laufe des Monats August die Schweiz endgültig zu verlassen gedenke. Der Bundesrat hat von dieser Mitteilung Kenntnis genommen und dem gestellten Ersuchen um Verlängerung der Aufenthaltsfrist entsprochen, nachdem der König den an diesen Aufenthalt geknüpften Bedingungen zugestimmt hat. Der König hat insbesondere in formeller Weise erklärt, daß sowohl er als auch die bei ihm weilenden Personen sich während des Aufenthaltes in der Schweiz jeglicher politischen Tätigkeit enthalten werden.

Das Ergebnis der italienischen Wahlen.

Rom, 19. Mai. (Stefani.) Nach den Berechnungen, die auf Grund der letzten Wahlergebnisse vorgenommen wurden, gewannen die Liberalen 29 Sitze, und die Popolari deren neun. Die Sozialdemokraten verloren 16 Sitze, die Republikaner einen, die Kommunisten drei. Die Kammer dürfte sich also aus 383 Konstitutionellen, 121 Sozialdemokraten, 8 Republikanern, 14 Kommunisten, 6 Slawen und 4 Deutschen zusammensetzen.

Rom, 18. Mai. (Stefani.) Bis jetzt sind folgende Wahlergebnisse bekanntgemorden: In Turin verloren die Sozialisten einen Sitz an die Popolarpartei und drei an den nationalen Bloch, ebenso in Parma. In Neapel nahmen die Sozialisten der Popolarpartei und den Konstitutionalisten je einen Sitz. In Rom verlor die Popolarpartei einen Sitz an den nationalen Bloch. In Novara verloren die Sozialisten einen Sitz, in Verona einen, in Florenz zwei und in Cuneo drei Sitze, sämtlich an den nationalen Bloch.

Das Kabinett Giolitti erschüttert.

Berlin, 20. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Corriere della Sera schreibt, daß das Kabinett Giolitti

durch die Wahlen erschüttert sei. Die neue Kammer werde dem Ministerpräsidenten weit weniger günstig gestimmt sein als die frühere. Ob aber in der Tat ernsthaft an einen Kabinettswechsel in Italien gedacht wird, ist sehr zweifelhaft. Bisher haben sich gerade die in der bürgerlichen Presse gebrachten Nachrichten über den Sturz des Kabinetts Giolitti als unwahr erwiesen.

Die Volksabstimmung in Salzburg.

Wien, 19. Mai. (Dl.) Allgemeine Billigung findet der Ausweg, den der Salzburger Landtag in der Volksabstimmungsfrage gefunden hat. Der Antrag des Verfassungsausschusses lautet: „Da die Landesregierung und die Bundesbehörde durch Vorstellungen der Bundesregierung an der Durchführung der Volksbefragung am 29. Mai behindert sind, übernehmen laut Parteierklärung die im Landtag vertretenen Parteien selbst die weitere Durchführung dieser Volksbefragung und ernennen hierzu für einen permanenten Ausschuss aus ihrem Mitgliederbestand, dessen Aufgabe es ist, das Ergebnis der Volksbefragung auf dem verfassungsmäßigen Wege der Bundesregierung zur Weiterleitung an den Kaiserbund zur Kenntnis zu bringen.“

Zu diesem Beschluß wird bemerkt: Durch diesen Beschluß steht der Befragung der Bevölkerung über den Anschluß an Deutschland nichts im Wege. Da er inoffiziell ist, und weder von der Landesregierung, noch von der Bundesregierung unterstützt ist, wird der Entente jeder Vorwand genommen, diese Abstimmung als gegen den Friedensvertrag von St. Germain gerichtet anzusprechen. Ueberdies ist der Zeitpunkt der Abstimmung nicht bestimmt. Es steht den verschiedenen Parteien zu, die Abstimmung in die Wege zu leiten.

Große Aufräge Rußlands.

Stockholm, 20. Mai. (Dl.) Krassin erklärte hier, daß Rußland für fünf Millionen Pfund Sterling Waren in England und für vierhundert Millionen Mark in Deutschland bestellt hat.

Verhaftungen von Faschisten in Mailand.

Lugano, 20. Mai. (Dl.) In Mailand wurde der Hauptstich der Faschisten militärisch besetzt und eine Anzahl hervorragender Faschisten, darunter der Abgeordnete Schriftsteller Basselli, verhaftet.

Ein Wirtschaftsblindnis zwischen Belgien und Luxemburg.

Brüssel, 17. Mai. (Agence Belae.) Heute nachmittag wurde im Ministerium des Neuheren der Wirtschaftsvertrag mit Luxemburg unterzeichnet. Der Vertrag bedingt eine Zollvereinbarung nach dem System des Zollvereins. Eine belgische Gruppe gewährt eine Anleihe von 175 Millionen Franc, die das Großherzogtum mit zwei Prozent verzinsen wird, Belgien übernimmt den Zinsunterstützt. Noten der belgischen Nationalbank werden bis zur Höhe der genannten Summe an die Stelle von luxemburgischen Noten treten, die aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Das Großherzogtum wird nur kleine Ablattite bis zur Höhe von 25 Millionen Franc behalten. Das luxemburgische Eisenbahnnetz soll vereinheitlicht werden. In den Ländern, in denen das Großherzogtum keine Vertreter hat, werden die belgischen Konsulen an ihrer Stelle die Vertretungen der luxemburgischen Interessen übernehmen.

Abreise der englischen Abordnung zur Reichsgerichtsverhandlung in Leipzig.

London, 19. Mai. (Reuter.) Zwei Gruppen englischer Beamter und Zeugen reisten mit dem Generalstaatsanwalt an der Spitze am 20. und 28. Mai in der Angelegenheit des Verfahrens gegen die deutschen Kriegsschuldigen nach Leipzig.

Unruhen in Aegypten.

Wie Havas aus Kairo meldet, kam es dort am Donnerstag nachmittag in der Nähe der Ministerien zu ersten Unruhen. Viele Polizeibeamte wurden schwer verwundet. Aegyptische Langenreiter griffen ein, töteten einen Manifestanten und verwundeten viele andre.

Betrügerische italienische Offiziere.

Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Lugano: Gegen den Vorsitzenden der italienischen Militärmission in Wien, General Segre, und 13 hohe Offiziere wurde nach einer vom Kriegsgerichtshof auf Befehl des Kriegsministers vorgenommenen Untersuchung Haftbefehl erlassen. Laut Nuovo Giornale von Florenz werden den Offizieren schwere Verfehlungen finanzieller Natur zu Last gelegt.

Serbisch-kroatisch-slownenisches Königreich.

Die verfassunggebende Versammlung in Belgrad hat mit 227 gegen 93 Stimmen im Prinzip die Bildung eines serbisch-kroatisch-slownenisches Königreichs beschlossen.

Von Nah und Fern.

Dreifacher Mord. In der Nähe von Uenterath, Kreis Udenau, wurde laut Koblenzer Zeitung hinter einer Hecke der Landwirt Heinrich Erdrossel aufgefunden sowie in dessen Wohnung die Schwestern des Heinrich, die Witwe Fernes, die durch Weibliche getötet worden war. Schließlich wurde der Knecht Philipp Müller als Leiche im benachbarten Teich aufgefunden. Im Hause war alles durchwühlt. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 4000 Mark ausgesetzt.

Zwei Gefangene bei einem Fluchtversuch erschossen. Berlin, 20. Mai. Infolge einer Meldung des Lokalanzeigers aus Eisenach machte gestern das seit einiger Zeit wegen verschiedener Verbrechen eingekerkerte Ehepaar Weinschein einen Fluchtversuch. Eine Gefangenenträgerin gab, nachdem sie mehrfach angerufen hatte, im Hofe des dortigen Amtsgerichtsgefängnisses einige Schritte auf die Fliehenden ab, wodurch Mann und Frau sofort getötet wurden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Wer ist der Doktor
Rups
????????????????

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Oberschlesien in Not!

Die Ereignisse in Oberschlesien haben die dort ansässigen Landsleute, die sich zum Deutschstum bekennen, in schwerste Bedrängnis gebracht. — Täglich müssen Tausende unter dem Druck des polnischen Terrors unter Zurücklassung von Hab und Gut die Heimat verlassen — sie befinden sich in **größter Not**. Den Bedauernswerten muß **schleunigste Hilfe** zu teil werden. Freiwillige Spenden an Lebensmitteln und Kleidung erbitten zur Weiterleitung an die Flüchtlingsammelstellen.

Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier.
Leipzig, Königsplatz 18, III.

Feuerbestattungskasse der Freirelig. Gemeinde.

Wir machen unsere Mitglieder auf die Vergünstigung aufmerksam, die sie haben, wenn sie sich vor dem 30. Juni anmelden.

Sonntag, den 22. Mai, vormittags 1/11 Uhr

Besichtigung des Krematoriums.

Wir erwarten rege Beteiligung.
Der Westbezirk trifft sich am **Carl Schleichig**, Abmarsch 1/9 Uhr vormittags.
Der Ostbezirk, Der Vorstand.

Betriebsrats-Mitglieder, Betriebs-Obermänner des Transportarbeiter-Verbandes (Verwaltungsstelle Leipzig).

Dienstag, den 24. Mai, abends 7 Uhr

Wichtige Versammlung im Volkshaus (Nebenraum rechts).

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Reichskonferenz der im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Betriebräte;
 2. Beratung der Richtlinien über die Zusammensetzung der Betriebräte im Deutschen Transportarbeiter-Verband;
 3. Aufstellung der Kandidaten zur Reichskonferenz.

Es ist notwendig, daß zu dieser wichtigen Versammlung jedes einzelne Betriebsratsmitglied erscheint.
Der Betriebsrats-Ausschuß.

Sitten-Film **Sitten-Film**

Barfußgasse (am Markt), Fernruf 4870.

Ab Freitag, den 20. Mai

Erstaufführung!

Der Wüstling

oder

Das Bild der Geliebten

Krasses Sittenbild
in der Hauptrolle die beliebte
Maria Zelenka

Als 2. Lager:
Die Leidenschaft der schönen Russin
(Brig. v. Co. 2)
Grosser Sensations-Film
mit erstklassiger Besetzung

10 Akte 10 Akte

Sitten-Film Sitten-Film

Einlass Sonntags 1/4 Uhr
Wochentags 1/5 Uhr

Gamaschen ♦♦ Gürtel

von 50 Mark an von 1 Mark an

sehr solide Qualitätsarbeit
Erneut im Preise herabgesetzt

Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt

Karl Blaich Windmühlenstr. 32 Tauchaer Str. 16.....

Rechnungsabluß am 31. Dezember 1920		19564 228.64	
Vermögen		Schulden	
295 Hausgrundstücke	12880037.57	Hypotheken auf Hausgrundst.	8586007.58
Neubauten	519286.35	Hypothek auf Bauland	250420.00
Vorhandenes Bauland	958290.88	Sparanlagen	6251717.95
Erbbaurechts-Areal-Konto	38027.30	Geschäftskonten	1448382.19
Material	22865.58	Schuldheime	154800.00
Inventar	694.00	Kasernenfonds und Rücklagen	121081.28
Nichtveräußerte	1024.90	Hypotheken-Tilgungs-Konto	554538.36
Anlagenforderungen	23063.86	Abrechnungs-Konto	41603.49
Beteiligungen	14900.00	Erbbaurechts-Areal-Ertrag	24850.56
Kasse-Konto	8396.85	Sonstige Schulden	362737.23
Wertpapiere	297016.05		
Bank- u. Postbes.-Guthaben	4673294.93		
Sonstige Forderungen	79882.21		
Verlust	27549.07		
	19564 228.64		

Bestand am 31. Dezember 1910: 4872 Mitglieder. Eingetreten 323, ausgeschieden 165, mithin Bestand am 31. Dezember 1920: 5030 Mitglieder.
Das Geschäftsguthaben betrug am 31. 12. 1919: 1364130.00
erhöhte sich 1920 um: 84252.00
und betrug am 31. 12. 1920: 1448382.00

Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig m. b. S.
Der Vorstand: B. Kunischmann, Karl A. Müller.

Echt Köstlicher Schwarzbier

wieder eingetroffen.

Friedr. Schulze, L.-Vo., Natallienstraße 24.

Schadhafte Teppiche

Deutsche und Perser,
repariert und liest Schön.
Dorotheenplatz 21. Tel. 15725

Wochen-Angebot Nr. 7

La Coronita
Sandblatt
50 Stück Mk. 20.—
10 Proben Mk. 4.—

Spezialmarke rein Übersee
tadellos weißer Brand
100 Stück Mk. 50.—
10 Proben Mk. 6.—

Vera
rein Übersee, Spiegelprägung
50 Stück Mk. 30.—
10 Proben Mk. 6.—

Flor de Sunda
rein Übersee,
etwas voller wie
Abbildung
50 Stk. Mk. 35.—
10 Prob. Mk. 7.—

Flor de Armas
pikante Sumatra-Brasil
50 Stück . . Mk. 40.—
10 Proben . Mk. 8.—

Jellinger
Je Heber
bekannte
Marke
50 Stück
Mk. 50.—
10 Proben
Mk. 10.—

Da Capo
Sumatra-Java-
Brasil
50 Stück Mk. 60.—
10 Prob. Mk. 12.—

Gärtners Nr. 14
Sumatra-Havana
50 Stück Mk. 75.—
10 Proben Mk. 15.—

Versandbedingungen:
Je 10 Proben, zusammen 80 Stück, Mk. 75.— franko Nachnahme.
Je ein Originalkistchen, zusammen 450 Stück, Mk. 380.— franko Nachnahme.

Für Wiederverkäufer besonders günstige Posten am Lager.

Zigarren-Versand-Haus

Gärtner & Co., Leipzig, Reichsstr. 24

Telephon 6889 und 6055.

- Klein-Vorkaufsstellen in obigen Sorten:
- Leipzig, Zeitzer Str. 5, **Paul Dähnert**, Tel. 12102.
 - Leipzig, Bayersche Str. 73, **Paul Oppert**, Tel. 31577.
 - Leipzig, Sidonienstr. 24, Ecke Elisenstr., **Otto Konietzki**,
 - Leipzig, Große Fleischergasse 20, **Otto Schmidt**,
 - Reudnitz, Wurzer Str. 5, **Karl Wittge**,
 - Anger, Zweinaundorfer Str. 26, **Fritz Peschel**,
 - Plagwitz, Zschochersche Str. 16n, Sophien-Apotheke, **S. Schütze**,
 - Lindenau, Gundorfer Str. 3, **Otto Carl**,
 - Kleinzschocher, Dieskaustraße 57, **Walter Zimmermann**,
 - Gohlis, Lothringer Str. 95, **Martha Lohse**,
 - Schönefeld, Stettiner Str. 43, **Albert Pohle**,
 - Eilenburg, Leipziger Str. 23, **Fritz Weber**, Tel. 138.
 - Mittweida, **Otto Metzner**,
 - Ronneburg, Altenburger Str. 3, **Gustav Neumeister**,
 - Miltitz, **Rich. Fließ**.

Weitere Vorkaufsstellen, auch in der Innern Stadt, werden noch vergeben.

Gegen Haarausfall

Schuppen, dünnes Haarwuchs, ist u. bleibt stets das Beste

Heilmanns Haarbalsam

Flasche 8.50 und 10.— Mk. — Zu haben: Friseurgeschäft
Heilmann, Baderischer Platz, Ecke Nürnberger Str.

In 1/2 Stunde befeuchtet Sie unter **Garantie** jede

Läuse = Plage

auch Nöge l. Brut (Nissen) **Edolba** für Bunden u.
bei Mensch u. Tier nur m. **Edolba** Haar unschädl.

Garantiert sicher wirkende **Radikalmittel** gegen
Wanzen | Katerläden | Holzwurm
Edolba B | Edolba C | Edolba D

Zu haben in Leipzig **Taldrögerie Joh. Wschensch**
Talstraße 12 b.

Am 18. Mai verschied plötzlich und unerwartet
unser hochgeschätzter Mitarbeiter, Herr

Berkmeister Paul Richter

Er war uns jederzeit ein guter Vorgesetzter
und werden wir ihm stets ein ehrendes An-
denken bewahren.

Die Arbeiterschaft der Firma
Heinrich Schirm, L.-Plagwitz.

Statt Karten. Für die uns anlässlich unserer **Vermählung** erwiesene Ehre sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten unsern **herzlichsten Dank**.
Max Fritzsche u. Frau Gertrud geb. Dietrich.

Mittwochmittag verschied infolge Herzschlag
plötzlich und unerwartet unser langjähriger
Mitarbeiter und Betriebsratskollege

Herr Richard Brust

Er war uns allezeit ein treuer und guter
Mitarbeiter. Wir bedauern aufrichtig sein
frühes Hinscheiden und werden ihm allezeit ein
ehrendes Andenken bewahren.

L. Gohlis, den 18. Mai 1921.

Die Belegschaft
der Firma Schale & Lackemann.
Der gesamte Betriebsrat.

Dank. Zurückgeführt vom Grabe unserer einzigen
Tochter und Schwester

Martha Elsa Hecht

welche der Tod nach dreijährigem Leiden im Alter
von 24 Jahren am 11. Mai erlöste, sagen wir allen
denen, die ihren Sarg so reichlich mit Blumen schmück-
ten, unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank der
Jugend an Thelma für Kranz, Schleier und Palme,
sowie Herrn Pastor Richter für seine trostreichen
Worte am Grabe. Ferner Dank den Frauen von
Thelma und des Männergesangsvereins zu Modau
für ihre Sammlung und Kranzspende, sowie dem
Männerchor selbst für das dargebrachte Grabtän-
den. Dank der Damenabteilung des Allgemeinen
Turnvereins an Thelma für Kranz mit Schleife und
den Turnern für Kranz und freiwilliges Tragen zur
letzten Ruhestätte. Dies alles hat unseren Herzen
wohlgetan. Ihr aber, liebe Elsa, rufen wir ein
„Ruhe sanft“ in Dein allzufrühes Grab nach.

Thelma, am 19. Mai 1921.

Die trauernden Eltern und Bruder Arno
Richard Hecht und Frau geb. Rudolph.

Tretet still zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh,
Denk, was ich gelitten habe,
Gönnet mir die ew'ge Ruh!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Mai.

Parteiangelenheiten.

Ostverein Magisch-Lindenau-Schleusig. Morgen Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, Diskussionsabend in Stadt Münsburg, Lindenauer Markt.

Sellerhausen. Sonnabend, den 21. Mai, 7/8 Uhr, wichtige Funktionärssitzung in der Krone. Funktionärskarten sind mitzubringen.

Thonberg-Neureuditz. Der Diskussionsabend fällt Montag aus, der nächste findet am Montag, dem 6. Juni, statt dem Vortrage: Aus der Geschichte der Arbeiterinternationale.

Bühwig. Die Genossinnen treffen sich Sonntag früh 9 1/2 Uhr zum Besuch der Ziegler-Versammlung im Volkshaus auf dem Merveldtplatz.

Montag, den 23. Mai, abends 7/8 Uhr, Frauenabend bei Große.

Ostverein Wahren. Für Funktionäre und alle Genossen, die sich an der Agitation beteiligen, Sonnabend, den 21. Mai, abends 7 Uhr, Zusammenkunft im Birkenhölzchen bei Lehmdieße. Bekassierer müssen erscheinen. Der Vorstand.

Kurjus Brantthal, heute abend 7 Uhr im Volkshaus, Garten-Gewerkschaftstaktell.

Modau. Achtung, Kinder! Sonntag früh Treffen 7 Uhr an der Hermannstraße zu einem Ausflug in die Park. Aber nur für Kinder über 12 Jahre. Alle jüngeren Spielen am Kneipoleum in der Kastanienallee. Mittwoch ebenda Spielen. Sozialistische Proletarierjugend.

Wie die Religion entstanden ist.

Ein großer Teil des Proletariats steht der christlichen Kirche gleichgültig gegenüber. Es herrscht aber noch vielfach die Meinung, die Kinder müßten Religion lernen, gelehrt und konfirmiert werden. Ohne Religion gebe es keine Moral. Weite Kreise, insbesondere die Frauen, können sich von diesen alten, veralteten Anschauungen nicht trennen. Es wird festgestellt, daß die christliche Religion, auch von Personen, die selbst vom Alerio nichts mehr wissen wollen. Doch ihre Kinder führen sie ihm zu. Wie wollen daher in einigen Vorträgen auf die Entstehung der Religion, auf ihre Wesen eingehen, um den Nachweis zu erbringen, daß die Religion auf ganz natürliche Weise entstanden, daß nichts Götliches an ihr ist, daß sie ebenso wie alles andere dem Gesetz der Entwicklung unterworfen ist. Je mehr das Wissen zunimmt, desto mehr nimmt die Religion ab, und es wird die Zeit kommen, wo die Massen auf sie ganz verzichten werden.

Die Verkünder der christlichen Religion sagen, ihre Lehren hätten göttlichen Ursprungs, die einzig richtige, die einzig wahre Religion. Alle andern Religionen werden als heidnisch - als Irrlehren, als Hirngespinnste der irrenden Menschheit hingestellt. Dabei hat das Christentum aus dem Vorn dieser „Irrlehren“ selbst geschöpft. Es hat einen Teil der alten Religionen übernommen und als seine Lehren ausgegeben. Das Christentum ist vor allem eine Weiterentwicklung der Religionen. Vor ihm hatte jedes Volk seine besonderen Götter. Das Christentum verkündete, daß es nur einen Gott für alle Völker gebe. Das war für die damalige Zeit ein großer Fortschritt auf der Bahn des Menschentums. Die Menschheit wurde gedrängt auf die Idee der Internationalität, der allgemeinen Menschenverbrüderung. Das römische Reich, dieses Sammelbecken zahlreicher Völkerschaften, war ein günstiger Boden für das Auskommen einer solchen Religion für die ganze Menschheit. Das Christentum hat auf diesem Gebiete seine Mission ebensowenig erfüllen können, wie auf den Gebieten der Nächstenliebe, der Bekämpfung des Relchturns. Es ist später stets für die Herrschenden, für die Reichen eingetreten, und es hat die Armen mit Almosen, vor allem aber mit dem Versprechen der ewigen Seligkeit, aller Freuden im Jenseits abgefunden.

Das Christentum kam auf, als die Religionen schon einen sehr langen Weg der Entwicklung zurückgelegt hatten. Das Christentum ist - so alt es uns auch bereits vorkommt - eine verhältnismäßig junge Religion. In der Geschichte der Menschheit sind die zweitausend Jahre des Christentums eine kurze Frist, denn diese Geschichte umfaßt eine Zeitspanne, die sich auf hunderttausende Jahre, ja auf einige Millionen Jahre bezieht. So lange Zeit hat der Mensch gebraucht, um sich emporzuarbeiten zu der Kultur, die wir heute haben. In dieser Periode hat sich allmählich auch die Religion gebildet, fortentwickelt, verändert.

Die Menschen haben natürlich in der Urzeit nicht eine Religion gehabt, wie wir sie heute kennen. Bei der Untersuchung der Sitten, Gebräuche, des primitiven Kults der Naturvölker, die vom Christentum keine Ahnungen hatten, ist festgestellt worden, daß Völkerschaften, die weit von einander wohnen, sich nie gekannt und gesehen haben, Vorstellungen von Religion gehabt haben, die einander sehr ähnlich waren. Hier muß also eine allgemeine Grundlage für das Entstehen der Religion gesucht werden. Es ist nach ihr geforscht worden, und sie ist gefunden worden, wobei freilich beachtet werden muß, daß dieser Zweig der Wissenschaft noch ein ganz junger ist. Vor allem ist viel Material gewonnen worden durch die Beobachtung des Lebens, des Kults der Naturvölker. Ebenso haben die wissenschaftlich niedergelegten alten Religionslehren, die Dichtungen und Gesänge alter Völker manchen Aufschluß gegeben.

Unter Religion im alten Sinne muß immer der Glaube an übernatürliche Dinge verstanden werden. Der Mensch hat das Verhalten der Naturkräfte nicht verstehen können. Er suchte aber nach irgendeiner Erklärung, und so geriet er auf die Welt, auf den Glauben an geheimnisvolle Kräfte, an Götter, deren äußere Gestalt er sich - wie schon der griechische Philosoph Aristoteles sagte - nach seinem eigenen Bild formte. Diese gleiche Anschauung lehrt bei zahlreichen späteren Philosophen wieder, die den Gottesglauben in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen haben. „Gott ist der Spiegel des Menschen“, sagt Feuerbach. Eine ganze Anzahl ähnlicher Aussprüche können wir anführen. Wie ist nun die Religion entstanden? Darüber sollen im nächsten Artikel Ausführungen gemacht werden.

Die neuen Bestimmungen im Straßenhandel.

Haustieren und Händlern, denen Verkaufsstände nicht ausreichten, sind, sowie deren Gehilfen und Begleitern...

es unterlagt, sich auf den Straßen mit Waren aufzustellen, und zwar auch dann, wenn sie die Waren nicht an Ständen feilbieten, sondern in Kasten, Körben, Wagen oder dergleichen bei sich führen. Als Aufstellen (Standmachen) ist es nicht anzusehen, wenn das Halten nicht länger als 10 Minuten dauert. Nach Abfertigung der Käufer ist der Platz alsbald zu räumen. Der Verkäufer hat innerhalb 2 Stunden nach Beendigung des Verkaufs in einem Umkreise von 50 Metern vom vorhergehenden Standplatz den Verkauf zu unterlassen. Die Ladefläche der von den Hausierern zum Straßenhandel verwendeten unbespannten Wagen darf 3 Quadratmeter nicht übersteigen. Das Aufstellen aller Wagen hat so zu erfolgen, daß der Verkehr auf den Fußwegen nicht behindert wird. Für allen Straßenhandel sind gesperrt: Die Grimmaische, die Peters-, die Reichsstraße, der Hauptbahnhofsvorplatz, die Goethe-, die Schillerstraße und die westliche Fahrbahn des Augustusplatzes. Für den Straßenhandel, mit Ausnahme von Kohlen, Rufs, Bricketts und Grube sind gesperrt: Alle innerhalb des Promenadenringes liegenden Straßen und Plätze der inneren Stadt und alle Straßen und Plätze mit Straßenbahnbetrieb des gesamten Stadtgebietes, mit Ausnahme der Südstraße - ohne Südplatz - der Hauptzollamtstraße, der Pfaffenwöhrer Straße nördlich von der Parthenstraße, der Johannisallee, der Breslauer und Stettiner Straße zwischen der Dimpfel- und der Breslauer Straße in Leipzig-Schönefeld, der Moskauer Straße, der Kieler und der Straßburger Straße in Leipzig-Modau, der Oststraße in Leipzig-Neuditz, der Windmühlstraße in Leipzig-Connewitz und der Könnertstraße in Leipzig-Schleusig. Die Querstraße von der Schützenstraße bis zur Brandenburgstraße, die Schützenstraße, der Hahnenkamm, die Gellerstraße, die Johannispforte, der zwischen dem Königplatz und der Fahrbahn der verlängerten Kurprinzstraße gelegene Teil des Königplatzes, die Markthallenstraße, die Windmühlstraße, die Leptanstraße, die Liebigstraße, östlich der Kienbergstraße, die Kienberg- und die Arndtstraße zwischen der Bayerschen und Südstraße, die Müllgasse, die Beethovenstraße zwischen dem Peterssteinweg und der Hartortstraße, die Kramerstraße, die Härtelstraße von der Windmühlstraße bis zum Arne, die Könnertmühlgasse, die Otto-Schill-Straße, die Kolonnenstraße, die Sebastian-Bach-Straße östlich der Hauptmannstraße, die Rosentalsgasse und die Bachstraße.

In den Vororten, und zwar in Leipzig-Plagwitz die Nonnenstraße von der Karl-Heine-Straße bis zur Weissenfeller Straße, die Weissenfeller Straße zwischen der Ziegel- und der Hochschülerstraße, in Leipzig-Connewitz die Simidenstraße, in Leipzig-Sellerhausen die Dittheimstraße, in Leipzig-Modau die Kropstraße. Der Verkehr auf den Straßen und die Straße an der Alten Elster während der Messen und solange auf dem Messplatz feilliche oder sonstige Veranstaltungen stattfinden.

Die gesperrten Straßen und Plätze dürfen mit Wagen oder sonstigen Fahrzeugen, die andere Waren als die vorgenannten Brennstoffe führen, nur zum Zwecke des Durchfahrens benutzt werden. Die Waren sind dabei verdeckt zu halten. Sie dürfen in keiner Weise, auch in den Höfen der anliegenden Grundstücke, weder durch Wort noch durch Zeichen, angepielt werden. Auf den für den Straßenhandel nicht gesperrten Straßen dürfen die Händler und deren Begleiter den Handel nicht an den Straßenenden ausüben. Sie müssen sich vielmehr zu diesem Zwecke auf der betreffenden Straßenseite mindestens 3 Meter vor der Baufluchtlinie entfernt halten. Für die Einhaltung dieser Vorschriften sind die Begleiter solcher Wagen in gleicher Weise verantwortlich, wie die Besitzer der Waren.

Die Demobilisierungsbestimmungen und die Arbeitslosen.

Zu diesem Artikel des Leipziger Arbeitslosenrats in Nr. 107 unseres Blattes vom 10. d. M. schreibt uns das Arbeitsamt II. Ueber die Behandlung der sogenannten 26-Wochen-Unterstützungsfälle durch das Arbeitsamt, insbesondere durch dessen Unterausschuss, führt der Erwerbslosenrat darin unter anderem aus: „Dabei muß erwähnt werden, daß die Unternehmervertreter in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des Unterausschusses, dem Vertreter des Arbeitsamts, da ihnen nur zwei Arbeitnehmervertreter gegenüberstehen, immer die Mehrheit haben. In deren Sinne fallen die Entschlüsse in den meisten Fällen aus.“

Weiter: „Wir müssen aus all diesem erkennen, daß sich zwei Faktoren, auf der einen Seite das Arbeitsamt und auf der andern Seite das Unternehmertum in die Hände arbeiten. Gemeinsam betreiben sie das Sperren der Unterstützung und die Ausschließung vom Produktionsprozeß.“

Der Arbeitslosenrat erhebt damit gegen das Arbeitsamt, insbesondere gegen den Vorsitzenden des Unterausschusses, den offenen Vorwurf der Parteilichkeit zu ungunsten der Erwerbslosen. Diese bewußt unwahre Behauptung weist das Arbeitsamt hiermit auf das nachdrücklichste zurück und stellt zur Aufklärung der Öffentlichkeit, insbesondere der Erwerbslosen, folgendes ausdrücklich fest: „Seit dem 1. Januar 1921 bis jetzt haben dem Unterausschuss im ganzen 527 Unterstützungsfälle zur Entscheidung vorgelegen. Darunter befinden sich 258 sogenannte 26-Wochenfälle, also solche, in denen darüber zu befinden ist, ob die bereits 26 Wochen lang gewährte Erwerbslosenunterstützung noch weiter gezahlt werden soll. In 165 dieser Fälle hat der Unterausschuss die Weiterzahlung abgelehnt und in 93 die Weiterzahlung beschlossen. Mit Ausnahme von 9 Fällen sind die Beschlüsse des Unterausschusses in sämtlichen von ihm entschiedenen 527 Sachen einstimmig gefaßt worden. Unter diesen 9 Ausnahmefällen waren 6 - unter ihnen 5 sogenannte 26-Wochenfälle - in denen der Vertreter des Erwerbslosenrates als Beisitzer im Unterausschusse allein gegen die Ablehnung der Unterstützung stimmte, und 3, in denen beide Arbeitnehmervertreter gegen die Ablehnung, die sich in diesen 3 Sachen aber nicht auf 26-Wochenfälle bezog, stimmten, so daß die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag geben mußte. Im Unterausschusse, dem sämtliche 26-Wochenfälle zur endgültigen Entscheidung vorgelegen sind, wird in eingehender Aussprache das für und Wider in jedem Einzelfall erwogen, um volle Klarheit über den Fall und möglichst allseitiges Einverständnis der Beisitzer herbeizuführen. Daß dies der Fall ist, beweist aufs deutliche, daß von den sämtlichen 527 Fällen 518 mit Stimmeneinheit entschieden worden sind. Die seit langem bestehende Krise auf dem Arbeitsmarkt rechtfertigt die regelmäßige Weiterzahlung der Unterstützung auch in den 26-Wochenfällen. Nur dann ist davon abzusehen, wenn Arbeitsunfähigkeit, Arbeitsunwille oder betrügerische Ausbeute der Erwerbslosenfürsorge, zumeist durch Bezug der Unterstützung und gleichzeitige Empfang von Arbeitsverdienst, vorliegen. Der Erwerbslosenrat ist in jeder Unterausschussitzung durch einen Beisitzer vertreten, hat also selbst jenen 518 Beschlüssen, die einstimmig gefaßt worden sind, zugestimmt. Es ist deshalb um so bedauerlicher, wenn er die den Tatsachen vollkommen widersprechenden Behauptungen über die 26-Wochenfälle in der Öffentlichkeit aufstellt, wodurch nur Beunruhigung unter die Erwerbslosen getragen wird.“

Der Rat der Stadt Leipzig, Arbeitsamt II. Bluth, Stadtrat.

Er kennt seine Pappenheimer. Der Leipziger Bürgerausschuß erwartet, daß den Verhandlungen gegen die Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht alle Unbeteiligten fernbleiben werden. Nationale Würde fordere auch größte Zurückhaltung den fremdländischen Zeugen gegenüber. Der Bürgerausschuß kennt die sensationslüsternen Menge, die hauptsächlich den nationalen Kreisen angehört. Sie ist immer dabei, wenn sie ihre Sensationsgier befriedigen kann. Daß der Bürgerausschuß als Hüter

der „nationalen Würde“ austritt, ist, besonders in bezug auf den Krieg gegen die unerhörten Ausschreitungen deutscher Militaristen gewandt hätten. Diese Taten, die dem Ansehen Deutschlands schwer geschadet haben, wurden aber damals entweder totgeschwiegen, beschönigt oder auch direkt verherrlicht. Damals überließ man es den Sozialisten, sich gegen die Verbrechen zu wenden, die deshalb als „Taten der Feinde“ bezeichnet wurden. Heute hüllen sich diese Kreise in die Toga der reifsten Vaterlandsfreunde.

Nach ein Jubiläum der Straßenbahn. Am 20. Mai sind 25 Jahre verflossen, seit die „Leipziger Elektrische Straßenbahn“, die allgemein als „Rote“ bezeichnet wurde, ihren Betrieb eröffnete. Die „Blau“ war mit der Betriebsöffnung am 17. April der „Rote“ einiae Wochen zuvorgekommen, wie ja überhaupt die „Blau“ im allgemeinen als die fortgeschrittenere galt. Das Jubiläum der „Blauen“ wurde am 17. April d. J. gefeiert, die Jubiläum an den Führungslängen der Elektrischen zeigten davon. Heute vormittag fand zur Feier des Jubiläums der „Roten“ im Betriebsgebäude der Gesellschaft in der Zeiser Straße eine Sitzung statt, bei der die Jubilare, die seit Eröffnung des Betriebes dort beschäftigt sind, beistehend waren.

Die Stellung des Mehamtes zum Messetumprojekt. Wie das Mehamt mitteilt, würde es die Verwirklichung des Hochhausprojektes, das in hohem Maße geeignet sei, zur Behebung des Mangels an Ausstellungsräumen beizutragen, auch schon wegen der damit verbundenen propagandistischen Wirkung für außerordentlich wünschenswert halten. Es erachtet es im Interesse der Weiterentwicklung der Messe für erstrebenswert, daß die seiner Zuangriffnahme noch entgegenstehenden Hemmnisse, die in der Hauptsache in der Lösung der Platzfrage bestehen, bald überwunden werden möchten. Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist die Frage nach einem geeigneten Gelände natürlich nur sehr schwer zu beantworten, weil für einen solchen Bau, wenn man von der Technischen Messe absteht, nur ein Platz innerhalb des Promenadenringes oder doch in unmittelbarem Anschluß an die innere Stadt in Frage kommen kann und ein Abbruch aus finanziellen und rechtlichen Gründen hier zur Zeit nicht möglich ist. Das Mehamt weist aber bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß es nicht bloß darauf ankommt, neue Ausstellungsräume zu schaffen. Es stellt sich mit immer zwingender Notwendigkeit als ebenso wichtig heraus, darauf hinzuwirken, daß auch für die Käufer neue zugängliche Unterkunftsmöglichkeiten besorgt werden. Die Messfremden, zumal die Arbeiter, haben eine ausgesprochene Abneigung gegen Privatquartiere. Die zur Verfügung stehenden Hotels reichen nicht, um auch nur im entferntesten den alternativen Bedürfnis zu decken. Abhilfe kann in erster Linie nur durch den Bau neuer Hotels bewirkt werden. Die hierbei auftretenden Schwierigkeiten dürften zu überwinden sein, zumal das damit verbundene Risiko nicht sehr groß erscheint, wenn man die in den letzten Monaten veröffentlichten Bilanzen der Hotel-Aktiengesellschaften ansieht, die eine gute Verzinsung aufweisen.

Die neue Fackel. Als Fortsetzung der von dem Detektiv Berner herausgegebenen Fackel erschien seit einiger Zeit in Leipzig ein neues Sensationsblatt. Die neue Fackel, die von der Privatdetektivin Frau Lydia Schwob herausgegeben wurde. Die Nummern 3 und 4 dieser neuen Fackel sind auf Anweisung der Staatsanwaltschaft wegen ihres unsittlichen Inhaltes beschlagnahmt worden. Bekanntlich schwebt gegen den Herausgeber der ersten Fackel ein ganzer Kattenkönig von kriminellen Prozeßen wegen Erpressungen usw.

Teure Kirchen. Händler treiben die Preise für Kirchen in die Höhe. Sie nehmen an, daß in manchen Gegenden eine Mindererte zu erwarten sei, und wo auf eine günstige Ernte zu hoffen ist, überbieten sich die Händler bei den Auktionen. In Schöneberg und in Thüringen sind, wie man uns mitteilt, 400 Zentner Kirchen zum Preise von 80 000 Mk. bei der Versteigerung entstanden worden. Vor dem Kriege wurden 3000 Mk. bezahlt. Jetzt bieten die Händler nahezu das Dreifache!! Das Pfund solcher Kirchen kostet im Kleinhandel 3.50-4 Mk. Damit werden die Kirchen lediglich ein Genußmittel der Reichen. Die Armen können Kirchen nicht kaufen, wenn solche Preise verlangt werden. Das ist der Segen der Profitwirtschaft. Von der Regierung ist natürlich ein Einschreiten nicht zu erwarten, da der Kaffier der Besitzenden keine Schranken gezogen werden. Und wenn Maßnahmen ergriffen werden, so kommen sie zu spät und sie sind ebendrei auch noch unwirksam.

Hölz Aufenthalt in Leipzig. Der Wandersführer Hölz ist, wie sich jetzt herausstellt, auch mehrfach in Leipzig gewesen. Sein Quartier schlug er dann in Leipzig-Schleusig auf bei einem Maschinenbauer namens Löffing. Wie die L. N. erfahren, ist dieser wegen Begünstigung dieser Tage erneut in Haft genommen worden.

Ungangswanmer eines Arztes. Ein Herr Dr. A. in städtischen Krankenhause St. Jakob Stationsplatz in der Abteilung für Hautkrankheiten, befaßt in der Woche vor Pfingsten die Dreißigjährige, eine 55jährige Frau, die sich wegen eines Ekzems im Krankenzuhause behandeln lassen muß, bei der Untersuchung mit den Worten anzureden: „Was heißt du denn, du alte Heye!“ Diese Art, eine Patientin mit Du anzureden, kennzeichnet den Bildungsgrad dieses Herrn zur Genüge, der sich einer Dame der Gesellschaft gegenüber gewiß in sehr gewählten Worten auszudrücken versteht, vor einer Arbeiterin aber aus seiner Gefinnung kein Hehl macht. Hoffentlich wird dem Herrn nachdrücklich bedeutet, daß er im städtischen Krankenhause einen andern Ton anzuschlagen hat.

Der 4. deutsche Richterstag findet am 22. Mai in Leipzig in der Aula der Universität (Eingang Augustusplatz) statt. Gegenstand der Verhandlungen ist: 1. Die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte, Berichterstatter: Reichsgerichtsrat Dr. Beyer in Leipzig; 2. Die Zulassung der Frauen zum Richteramt, Berichterstatter: Landgerichtsdirektor Stabelmann in Potsdam.

Unglücksfälle bei dem Kadrennen rund um Leipzig. Am Pfingstmontag veranstalteten bürgerliche Radfahrervereine ein Kadrennen „rund um Leipzig“. Hierbei gab es, wie uns die Nachrichtenstelle der Deutschen Rad- und Motorradfahrerverbände mitteilt, viele schwere Stürze und auch unglückliche Rad- und Reifenschäden. Einer der schwersten Unfälle ereignete sich infolge der schlechten Beschaffenheit der Landstraßen zwischen Halle-Merseburg und Weißenfels, wo der Rufföhrer Dümel einen Sturz tat, der eine schwere Gehirnerschütterung zur Folge hatte. Er liegt jetzt noch, ohne Bessungserwartung zu haben, in einem Leipziger Krankenhause. Auch der Kölner Fischer zog sich einen Schulter- und Armbruch zu.

Die neue Malerei. Der bekannte Kunsthistoriker Dr. Max Déri hat sich entschlossen, einen Julius von 6 Lichtbilder vorzutragen über das Thema Die neue Malerei: Vom Impressionismus über Kubismus und Futurismus zum Expressionismus im Saale des Städtischen Kaufhauses zu halten. Sie finden vormittags 11 Uhr an folgenden Sonntagen statt: 22., 29. Mai, 5., 12., 19., 26. Juni 1921. - Zu den Karten sind in der Linaischen Buchhandlung, Burgstraße 1-3, zu haben. Karten für einzelne Vorträge werden nicht ausgegeben. Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut. Zu den stattfindenden Theaterveranstaltungen, heute abend 7 Uhr im Neuen Theater

Hunger

Roman von Anut Hamjun.

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borch.

Der Hunger fing jetzt an, auf mich zu wirken. Ich sah die weiße Papierrolle an, die gleichsam von blankem Silbergeld...

Da höre ich den Konstabler husten — wie konnte es mir nur einfallen, ganz dasselbe zu tun? Ich erhebe mich von der Bank...

Nach ein paar Minuten kam der Konstabler; er spähte nach allen Seiten und kitzte mit den eisenschlagenden Abfäßen über das Pflaster.

Da klappert es wieder über das Pflaster, und der Konstabler geht über die Brücke. Ich sah da mit Tränen in den Augen...

Ich erschöpfte mich in Variationen über diese Worte, und es wurde Abend, bis meine Lustigkeit ihr Ende fand.

Nach immer kein Laut, der mich geföhrt hätte; die milde Dunkelheit verbrang mit dem Weltall und begrub mich hier in eitel Ruhe.

Ich sehe Sterne vor meinen Augen, wie ich auf der Bank liege, und meine Gedanken tauchen in einen Ozean von Licht.

So — o — o, sagte er, „jetzt stehen Sie auf!“ Ich erhob mich sofort; wenn er mir befohlen hätte, mich augenblicklich wieder niederzuliegen, hätte ich ebenfalls gehorcht.

„Warten Sie mal!“ rief der Konstabler mir nach, „vergibt der Schoßtopf seinen Hui! So — na, nu gehen Sie!“

„Mir war auch so, als ob — als ob ich was vergessen hätte.“ stotterte ich wie abwesend. „Dante. Gute Nacht!“

(Vortsetzung folgt.)

Utopie und Experiment.

Von D. Jenßen.

Heute begegnet man vielen Anschauungen, die von ihren Verfechtern für funktionsfähig erklärt werden, in Wahrheit aber alle Bekannte für jeden sind, der die Geschichte des Sozialismus...

einigermaßen kennt. Es tauchen viele soziale Quacksalber auf, die mit ihren Rezepten für die Gerüche der Zukunft sich und andern den Magen verderben.

Die Utopisten überschätzen die Bedeutung ihrer Experimente, die dadurch zur Utopie wurden. Treffend wird ihr Standpunkt gekennzeichnet in dem 1844 erschienenen Manifest der sozialistischen Schule der Anhänger Fouriers.

Wir sind soziale Ingenieure. Wir legen unsern Zeitgenossen den Plan eines neuen sozialen Mechanismus vor, der unserer Meinung nach geeignet ist, die ganze Energie der treibenden Kräfte der menschlichen Natur so auszunutzen, daß kein einziger Teil dieser Energie, bei der Befolgung des von uns geplanten Systems, sich in nutzlose, schädliche oder für die Gesellschaft gefährliche Handlungen verzetteln kann.

Da haben wir den Utopismus in klassischer Form. Es fehlt ihm geschichtliches Denken und er sieht die Gesellschaft an wie eine Maschine, die man konstruieren kann.

Die marxistische Kritik des Utopismus führt heute vielfach dazu, die fruchtbaren Anregungen der Utopisten zu verkennen und jedes moderne soziale Experiment als utopisch zu betrachten.

Ein Rückblick auf die Geschichte des Utopismus, besonders auf die kommunistischen Siedlungsversuche ist daher heute aktuell, um vor Zerwegen zu warnen und die gemachten Erfahrungen kritisch zu benutzen.

Am meisten können wir heute noch lernen von dem großen utopistischen Sozialisten Robert Owen, dem Fabrikanten und Sozialreformer, dem Sozialpädagogen und Organisator.

Diese Dinge sind theoretisch von den Sozialisten stets anerkannt worden und besonders August Bebel hat über den Großhaushalt im Sozialismus in seiner „Kraut“ eingehend geschrieben.

Die Ökonomie ist aber stärker als die ältesten Vorurteile, die vor 100 Jahren einmal ihren guten Sinn hatten. Die ökonomische Not der Nachkriegszeit macht sich auch in bürgerlichen Kreisen fühlbar und hat dort ein Experiment veranlaßt, das nicht sozialistisch ist und auch nicht sein will.

* Mitgeteilt in der Schrift von Michael Tugan-Baranowski: Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit. Verlag Andreas Berthes, Göttingen, 1921. 70 S.

Leidigenheim oder eine ähnliche Ausnahmeschöpfung. Es ist der Versuch großen Stils, den lebensfähigen Kern der utopistischen Pläne heute zu verwirklichen, bei Berücksichtigung aller Kenntnisse der modernen Ökonomie und Psychologie.

Zunächst gilt es Interessenten zu sammeln und zu organisieren, da nur eine genossenschaftliche Verwirklichung des Planes keine kapitalistische Entartung ausschließt.

- 1. Freunde und Anhänger der Einküchenwirtschaft zusammenfassen und ihren Kreis durch öffentliches Wirken vergrößern; 2. für Einführung des Großhaushaltes und Schaffung von Einküchenleitungen tätig wirken...

Die erste größere Einküchenhausleitung wird unter tätiger Mitwirkung des genannten Vereins im Berliner Vorort Lankwitz verwirklicht. Die Gemeinde hat eine Raugenossenschaft Kapital und Boden zur Verfügung gestellt.

Es handelt sich bei diesen Gründungen nicht um Sektten, nicht um die eigenbrötterische Abschließung einer Arbeiteraristokratie. Es ist natürlich selbstverständlich, daß zum Gelingen eines solchen Experimentes es sehr viel beitragen kann, wenn die Bewohner der Siedlung schon etwas soziale Kultur besitzen.

Die Mitgliedschaftsbestimmungen sind derart, daß es sich nicht um eine Bewegung zahlungsfähiger Bürger handelt. Es heißt in den Satzungen:

Personliche Mitglieder können alle mindestens sechzehnjährigen Personen werden, korporative Mitglieder Vereine oder Körperschaften.

Jedes Mitglied hat einen jährlichen Beitrag zu leisten, dessen Höhe es nach seinen wirtschaftlichen Kräften selbst bestimmt. Er soll für persönliche Mitglieder nicht weniger als 10 Mk., für korporative Mitglieder nicht weniger als 50 Mk. jährlich betragen.

Man komme nicht mit dem Einwand: Kräfteverteilung, Eigenbröttelei usw. Die Arbeiterschaft muß heute alle Wege nützen, ohne deswegen zu vergessen, daß der Sozialismus das Ziel und der Klassenkampf der Weg ist.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Kommen den Sonnabend findet die letzte Aufführung von Klachmann als Erzieher und Sonntag die letzte Aufführung von Al-Helberg in der diesjährigen Schauspielersaison statt.

Schauspielhaus. Hannelore Ziegler gibt nach längerer Pause wieder zwei Tanzgastspiele, und zwar am Mittwoch, dem 25., und Donnerstag, dem 26. Mai. Außer den Tänzen der alten Tanzfolge (Radekytmarisch, Minutenwalzer usw.) bringt sie auch eine Reihe neuer. — Gakspielpreise. Die Jahreskarten der Th. G. haben mit Zuschlag Gültigkeit.

Eingelaufene Schriften.

- Das kommunistische Manifest mit den Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einer Einleitung von Rosa Luxemburg. Verlag der Wiener Arbeiter-Buchhandlung, Wien 8, Alserstraße Nr. 69. 20 Kronen. R. Bommeli, Geschichte der Erde. 3 Bände. J. S. W. Dieck, Stuttgart. D. Abel, Allgemeine Paläontologie. Göttingen. D. Abel, Die Tiere der Vorwelt. Zittel, Grundzüge der Paläontologie. Oldenbourg, München und Leipzig. Wilhelm Bälke, Im Steinkohlenwald. Franck, Stuttgart. Wilhelm Bälke, Kestländer und Meere im Wechsel der Zeiten. Franck, Stuttgart.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Der Zusammenbruch der Getreidewirtschaft.

Das kapitalistische Deutschland ist im Begriff, einen Weg einzuschlagen, auf dem ihm das bolschewistische Rußland vorangeht. Bekanntlich wurde in Rußland vor kurzem die Kapitulation vor der bäuerlichen Privatwirtschaft proklamiert, indem an Stelle der Lieferungsspflicht für das gesamte Getreide, die ohnehin nur auf dem Papiere stand, den Bauern eine Naturalsteuer an Getreide auferlegt wurde, während der übrige Teil der Ernte, der bisher im Schleichhandel verkauft wurde, nunmehr dem freien Handel überlassen bleibt. Eine ähnliche Entwicklung scheinen die Dinge jetzt in Deutschland zu nehmen: Unsere Regierung ist daran, dem bolschewistischen Beispiel gerade dort zu folgen, wo es am wenigsten nachahmenswert ist.

Auch in Deutschland ist die Getreidewirtschaft ebenso kläglich zusammengebrochen wie in Rußland. Von einer Gesamternte von mehr als 14 Millionen Tonnen Getreide im Jahre 1920 sind bis jetzt kaum 1,5 Millionen Tonnen zur Ablieferung gekommen. Der Rest — von der reichlichen Selbstversorgung der Landwirte und dem Saatgetreide abgesehen — verschwindet im Schleichhandel oder wird verfüttert. Die Schuld an diesem jämmerlichen Fiasko trägt einerseits die Unfähigkeit und der Mangel an Energie und gutem Willen der Verwaltungsbehörden, fest anzupacken und durchzugreifen, andererseits aber die Umwälzung der politischen Machtverhältnisse, die den Agrarern im Bunde mit den Industriellen immer mehr die Macht in die Hände spielte. Man denke an die Rolle, die das agrarische Bayern im Reiche spielt, man denke an die agrarischen Selbstschutzorganisationen in Bayern — das heißt Organisationen zum Schutze gegen die staatliche Bewirtschaftung —, die das Reich nicht die Macht hat aufzulösen, man denke aber auch daran, daß der berüchtigte Ernährungsminister Hermes, auch Unterernährungsminister genannt, der offen die Rückkehr zur freien Wirtschaft auf seine Fahne geschrieben hat und sie auch Schritt für Schritt durchführt, auch in der neuen Reichsregierung seinen Ministerstuhl behalten hat, und man wird verstehen, warum es mit der Getreidewirtschaft so traurig ausfiel.

Wenn es nach den Wünschen der Landwirtschaft und den geheimen Wünschen des Ernährungsministers gegangen wäre, so wäre für dieses Jahr schon die Getreidewirtschaft gänzlich aufgehoben und der Getreidehandel gänzlich freigegeben worden. Welche Folgen die Freigabe des Getreides hätte, läßt sich unschwer voraussagen und es läßt sich auch aus den Folgen der Freigabe des Mais, die die völlige Freigabe des Getreides bereits im Vorjahr präbilitierte, unschwer schließen. Der Mais wird heute in Deutschland zum Weltmarktpreis von etwa 2500 Mk. per Tonne gehandelt, während die Preise des bewirtschafteten Getreides sich zwischen 1400 und 1450 Mk. per Tonne bewegen. Würde auch das übrige Getreide freigegeben, so würde sein Preis sofort auf das Weltmarktniveau hinausschnellen, d. h. von 1400 bis 1450 auf 3800 bis 4000 Mark per Tonne! Die Zahlen sprechen für sich, jede weitere Bemerkung über die Wirkung dieser Preissteigerung, die natürlich automatisch eine entsprechende Preissteigerung aller Nahrungsmittel nach sich ziehen würde, auf die Lebenshaltung der industriellen Arbeiterschaft und auf die Lebensmöglichkeiten der Industrie erübrigt sich.

Die Regierung ist nicht so sehr vor diesen Wirkungen als vor dem Widerstand, den eine solche Politik, die die Interessen der Volkswirtschaft, des Staates und der Industriebevölkerung den Privatinteressen der Agrarier ausliefern würde, im gesamten Proletariat und in den übrigen Schichten der Stadtbevölkerung auslösen würde, zurückgeschreckt und hat, um der Deffektivität Sand in die Augen zu streuen, zu einem anderen Ausweg gegriffen: an die Stelle der Lieferungsspflicht für das gesamte Getreide tritt ein Umlageverfahren, das nur einen Teil der Ernte erfasst, während der übrige Teil völlig freigegeben wird. In einem Gesetzentwurf, den der Ernährungsminister kürzlich dem Reichstag vorgelegt hat, wird folgende Regelung der Getreidewirtschaft vorgesehen:

„Für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sind im Wirtschaftsjahre 1921/22 aus dem Inlande 3 Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufzubringen. Die Umlage ist zu einem Viertel bis zum 15. Oktober 1921, zu einem weiteren Viertel bis zum 15. Dezember 1921 und mit dem Reste bis zum 28. Februar an die Reichsgetreidestelle zu liefern. Die Länder haben die Umlage nach dem Anteil aufzubringen, mit dem sie an dem Ernteertrag an Brotgetreide, Gerste und Hafer im Durchschnitt der Jahre 1906—1920 beteiligt sind. Die Umlage ist innerhalb der Länder auf die Kommunalverbände unterzuteilen, die obersten Landesbehörden sehen die Höhe der Lieferpflicht jedes einzelnen Kommunalverbandes fest. Die Kommunalverbände ihrerseits haben das Umlagegeld auf die Gemeinden oder unmittelbar auf die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zu verteilen.“

Das Wesentliche an diesem Verfahren ist, daß nicht die gesamte geerntete Getreidemenge mit Ausnahme des Saatgetreides und des Selbstverbrauchs ablieferungspflichtig ist, sondern nur 3 Millionen Tonnen. Nun beruhigt uns zwar der Ernährungsminister damit, daß durch diese Menge nahezu fünf Siebentel des Ernährungsbedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung gedeckt sind, vergißt aber erstens hinzuzufügen, daß es sich dabei nur um die fällige offizielle Deckung durch die Brotkarte handelt, und zweitens, daß die Gesamtumlage von 3 Millionen Tonnen weniger als ein Viertel der Ernte des Jahres 1920 ausmacht und weniger als ein Siebentel der Durchschnittsernte der Jahre 1910—13.

Die zweite wichtige Frage ist, was mit dem übrigbleibenden Teil des Getreides geschehen soll. Der frühere preussische Landwirtschaftsminister, der Rechtssozialist Braun, der zwar ebenso wenig sozialistische Politik trieb, wie seine übrigen Regierungskollegen in Preußen, der aber doch einigermaßen sozial dachte und deshalb in einem steten Kampf mit dem Reichsernährungsminister Hermes, dem Vertreter der nacktesten Eigeninteresse der Agrarier, lag, hatte den Plan verfolgt, auch dem übrigbleibenden Teil der Ernte zentral, wenn auch zu höheren Preisen, zu erfassen. Diese Regelung würde zwar ein ungeheures Liebesgeschenk an die Agrarier bedeuten, aber doch den wichtigen Grundsatz der zentralen Regelung der Getreidewirtschaft, die Verfügung der Allgemeinheit über das wichtigste Gut des Volkes,

aufrechterhalten. Der vorliegende Gesetzentwurf hingegen sieht die völlige Freigabe des restlichen Teiles der Ernte vor.

Zur Begründung dieser ungeheuerlichen Bestimmung führt der Gesetzentwurf an, daß dadurch der Schleichhandel mit Getreide endgültig beseitigt werde. Man könnte dem Kinde auch einen anderen Namen geben, der die widerliche Heuchelei der Regierung klar enthüllt: Durch die neue Regelung wird der Schleichhandel nicht beseitigt, sondern legalisiert, die Regelung ist eine Kapitulation vor dem Schleichhandel, nicht seine Beseitigung. Aber abgesehen davon bleibt dem Schleichhandel immer noch ein weites Feld. Während er für den der Ablieferung nicht mehr unterliegenden Teil der Getreidemengen überflüssig wird, kann er sich auf dem Gebiete des auch nach dem neuen Gesetzentwurf zentral erfassten Getreides nach Herzenslust austoben, ja sogar viel ungehemmter als bisher. Denn bis jetzt war jedes private Handelsgeschäft des Erzeugers mit Getreide oder Getreideprodukten unerlaubt, da er das gesamte Getreide abzuliefern hatte, soweit er es nicht selbst verbrauchte. Den Behörden war daher eine Handhabe gegeben, gegen den Schleichhandel einzuschreiten, indem sie solche unerlaubte Handelsgeschäfte bestrafen. (Wie es in der Praxis damit stand, gehört zu einem anderen Kapitel, zu einem Kapitel, das für die Richter des „neuen“ Deutschland nicht weniger rühmlich ist als die Gerichtspraxis auf politischem Gebiet.) In Zukunft aber wird es neben den unerlaubten Handelsgeschäften (mit dem der Umlage unterliegenden Teil der Ernte) auch erlaubte (mit dem freibleibenden Teil der Ernte) geben. Welche Verwaltungsbehörde oder welcher Richter wird instand sein, die unerlaubten Handelsgeschäfte von den erlaubten zu unterscheiden — ganz davon zu schweigen, daß ihm die Schwierigkeit dieser Entscheidung einen willkommenen Vorwand liefern wird, den Kaiser einen guten Mann und den Bauern einen Schleich- und Schieber bleiben zu lassen.

Nun steht der neue Gesetzentwurf zwar ein Ersah für die strafrechtliche Verfolgung des Schleichhandels vor, er führt an ihre Stelle ein System von Haftungen ein. Die Länder, denen die Eintreibung der aufgelegten Getreidemengen obliegt, sind dem Reich für die Aufbringung dieser Mengen haftbar, die Kommunalverbände ihrerseits wieder den Ländern und der letzte und im Grunde genommen einzige Haftpflichtige bleibt der Erzeuger, der den Kommunalverbänden haftet. Die Bestimmungen darüber sind sogar ziemlich streng. Es heißt im Gesetzentwurf:

„Die Erzeuger haften den Kommunalverbänden für die rechtzeitige Erfüllung ihres Lieferpflicht mit ihrem gesamten Vermögen. Sie haben für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide Ersah zu leisten. Als Ersah gilt der Betrag, der dem Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preise für ausländischen Weizen zuzüglich eines Zuschlages von einem Viertel des letztgenannten Preises entspricht.“

Ja, es wird sogar — man höre — den Kommunalverbänden das Recht zuerkannt und auf Antrag der Reichsgetreidestelle die Pflicht auferlegt, bei nicht rechtzeitiger Ablieferung das fehlende Getreide zu enteignen, wobei für das enteignete Getreide ein Uebernahmepreis zu zahlen ist, der nicht mehr als die Hälfte des Umlagepreises betragen darf.

Aber wie werden diese Bestimmungen in der Praxis gehandhabt werden? Die Schwierigkeiten werden schon bei der Frage beginnen, wie hoch die Lieferungsverpflichtungen für die einzelnen Länder, Kommunalverbände und Erzeuger festgesetzt werden sollen. Für die Länder ist der Schlüssel schon im Gesetz festgelegt (Ihr verhältnismäßiger Anteil am Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1920), wie er aber für die Kommunalverbände und gar für die einzelnen Erzeuger gefunden werden soll, wie bei ihnen die mannigfachen Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der Böden, der Höhe des Vieh- und Kapitalbestandes, der Zahl der beschäftigten Arbeiter usw. usw. eine gerechte Berücksichtigung finden sollen, ist gar nicht abzusehen. Das Gesetz schweigt sich darüber gänzlich aus, es bestimmt lediglich daß zur Entscheidung über Beschwerden gegen die Festsetzung des Lieferungsolls aus Erzeugern und Verbrauchern zusammengekochte Ausschüsse entscheiden sollen. Es ist der aus den Köpfen der nachrevolutionären Gesetzgeber nicht auszurottende Gedanke von der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Wölfen und den Schafen, der hier wieder aufgewärmt wird. Daß derartige Ausschüsse völlig unfähig dazu sind, über die verwinkelten Fragen der Höhe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Wirtschaften zu entscheiden, daß sie vielmehr ein Fehlboden für die unerquicklichsten und nie endenden Kämpfe zwischen den einzelnen Interessengruppen sein werden und ihre Entscheidungen nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auf Grund der zufälligen Machtverhältnisse fällen und dadurch, wie immer ihre Entscheidung ausfallen wird, den Bauern einen willkommenen Vorwand zur Sabotage ihrer Ablieferungspflicht liefern werden, versteht sich nach den lieblichen Erfahrungen, die bisher allerorts mit derartigen Körperschaften gemacht wurden, nachgerade von selbst.

Aber selbst wenn diese fast unlöslich scheinende Schwierigkeit behoben würde, bleibt noch die andere Frage offen, wie die Ablieferungs- und Haftpflicht des Erzeugers effektiv werden soll. Oder mit anderen Worten: wie wird der Bauer zur Ablieferung bzw. zum Ersah des Ablieferungsmankos in Geld gezwungen werden können? Es erscheint nahezu undenkbar, die Landwirte, wenn sie, wie zu erwarten ist, in größerer Zahl in der Ablieferung säumig bleiben, zu Geldzahlungen zu zwingen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft scheint seine Bauern schlecht zu kennen, oder vielmehr er scheint sie sehr gut zu kennen und den dummen Städtern einen blauen Dunst vormachen zu wollen. Es ist nur zu hoffen, daß sie den Schwundel durchschauen und einmütig den Angriff gegen ihre und die Interessen der Volkswirtschaft abwehren werden.

Aber in diesen Bestimmungen erschöpft sich die Ungeheuerlichkeit des Gesetzentwurfes nicht. Die schamlose Liebesenergie vor den Agrariern, die in ihm getrieben wird, erreicht vielmehr ihren Gipfel in der Preisfrage. Für das Getreide der vorjährigen Ernte erhielt der Landwirt per Tonne 1400 bis 1450 Mk. Da er effektiv keine gesamte Getreidernte zur Ablieferung bringen

mußte, konnte er sich für den im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen niedrigen Preisstand seines Getreides nur durch die hohen Gewinne beim Verkauf der anderen landwirtschaftlichen Produkte — vor allem Vieh und Fleisch — schadlos halten; wenn er außerdem noch Schleichhandel mit dem ablieferungspflichtigen Getreide trieb, so trieb ihn nur die kapitalistische Gier nach unbegrenztem Profit dazu, die bekanntlich unerfüllbar ist. Im Verhältnis zu den Produktionskosten hingegen war der Preisstand von 1400 Mk. per Tonne zumindest ein angemessener zu nennen.

Nach der neuen Gesetzesvorlage hingegen soll der Landwirt das Recht haben, den Ueberfluß über das Ablieferungsoll auf dem freien Markt zu verkaufen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich im freien Handel sofort das Weltmarktniveau, das ja heute schon die Schleichhandelspreise regelt, herstellen wird, d. h. der Landwirt wird für diesen Teil seines Getreides 3800 bis 4000 Mark per Tonne erhalten. Nimmt man die Produktionskosten mit 1400 Mk. per Tonne — dem bisherigen offiziellen Uebernahmepreis — an, so würde der Bauer bei jeder Tonne Getreide, die er zum Verkauf bringt, glatt 2400 Mk. gewinnen. Aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt der Reichsgetreidestelle stellt, daß die Produktionskosten heute mit 1800 Mk. per Tonne anzusetzen sein (zur Erhöhung der Produktionskosten wird nicht wenig die skandalöse Haltung des Reichswirtschaftsministers in der Frage der Kalkpreisenerhöhung beitragen) er hat, nachdem er eine Preiserhöhung von 35 Prozent zugestanden hatte, dem Drängen der Kalkindustriellen nachgegeben und nunmehr einer Preiserhöhung von 50 bis 55 Prozent zugestimmt, so verbleibt den Landwirten über ihre Produktionskosten hinaus noch ein Reingewinn von rund 2000 Mk. per Tonne.

Aber nicht genug damit, daß den Agrariern durch die teilweise Freigabe des Getreides Gewinne zugeschanzt werden, die sich neben den phantastischen Gewinnen der industriellen Unternehmer zurechen lassen können, es sollen auch die Preise für das abzuliefernde Getreide erhöht werden! Man sollte glauben, daß, falls der bisherige offizielle Getreidepreis von 1400 bis 1450 Mk. per Tonne tatsächlich etwas niedriger ist als die Produktionskosten — wenn man sie mit der Reichsgetreidestelle mit 1800 Mk. per Tonne einschätzt — der Landwirt durch die enormen Gewinne im Freihandel mehr als reichlich entschädigt wird. Aber weit gefehlt. Selbst die Reichsgetreidestelle, die sich noch einen Funken sozialen Gefühls bewahrt hat, ist der Meinung, daß der Umlagepreis die Produktionskosten decken müsse, während der Unternehmergewinn durch den Verkauf der Ueberflüssmengen heringebracht werden soll. Da sie aber die Produktionskosten mit 1800 Mk. per Tonne einschätzt, würde sich daraus eine Erhöhung des Getreidepreises von 1400 auf 1800 Mk. per Tonne, also um fast ein Drittel ergeben. Der Gesetzentwurf aber geht noch weiter. Er nennt zwar keine genaue Preisziffer, aber er will die Preise so hoch festsetzen, daß sie „die Wirtschaftlichkeit des Getreidebaues noch gewährleisten“. Nun gehören nicht viel nationalökonomische Kenntnisse dazu, um zu wissen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die — privatwirtschaftliche — Wirtschaftlichkeit, d. h. Rentabilität erst durch den normalen kapitalistischen Profit gegeben ist. Mit anderen Worten, die Agrarier sollen nicht nur bei dem Verkauf des Ueberflußgetreides riesenprofite erzielen, sondern darüber hinaus auch beim Verkauf des Umlagegetreides Gewinne einheimen — auf Kosten der Industriebevölkerung natürlich, die nicht nur zur Befriedigung ihres Nahrungsbedarfes über ihre unzulängliche Produktion hinaus, sondern auch für diese kümmerliche Brottraktion den Agrariern ungeheure Tribute in ihren unerfülllichen Taschen werfen müssen.

So stellt sich der Gesetzentwurf des Ernährungsministers, der bereits im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag angenommen wurde, in jeder einzelnen Bestimmung als ein ungeheuerliches Attentat auf die Interessen der Arbeiterschaft dar und macht es ihr zur Pflicht, geschlossen den Kampf gegen den mit dem unerfülllichen Agrarierum verbündeten Ernährungsminister und seinen Gesetzentwurf zu führen. Es verdient übrigens vorerwähnt zu werden, daß auch die Agrarier, denen der Gesetzentwurf wahrhaftig nicht wenig gibt, gegen ihn Opposition machen. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, in dem amtliche Berufsvertretungen und freie Organisationen der Landwirtschaft vertreten sind, hat das Umlageverfahren einstimmig als praktisch undurchführbar abgelehnt und die völlige Freigabe der Getreidewirtschaft gefordert. Man kann sich vorstellen, daß die verschuldeten Bauern sich redliche Mühe geben werden, um die Vorauslagen ihrer größten Interessenvertretung, daß das Umlageverfahren undurchführbar sei, wahr zu machen. Der Gesetzentwurf wird also auch in dem einen Punkte, in dem er einen geringen Vorteil verspricht, in der Höhe der Ablieferung, verlagern und dem Arbeiter sein Brot nicht nur verteuern, sondern auch verkürzen, sofern er sich den Luxus des Weltmarktpreises im freien Handel erhältlichen Brotes nicht leisten kann.

Es bleibt nunmehr abzuwarten, ob die neue Regierung den Gesetzentwurf der früheren Regierung ausführen und den Mut finden wird, ihn vor dem Reichstag zu vertreten. Wenn sie sich dazu entschließt — und die Gefahr liegt nahe, da sie sich des Herrn Hermes nicht entledigen konnte —, dann weiß die Arbeiterschaft, wie sie sich zu dieser Regierung und den Parteien, die hinter ihr stehen, zu verhalten hat.

Die Besserung der deutschen Valuta hält an.

Es kosteten in Berlin	1921			
	1. 7. 14	12. 5. 21	17. 5. 21	19. 5. 21
1 amerikanischer Dollar	4.12	60.80	55.14	60.05
1 englischer Pfund Sterling	20.48	242.75	232.76	241.50
100 holländische Gulden	169.00	2182.80	2097.90	2152.15
100 schwedische Kronen	112.50	1485.55	1376.10	1483.55
100 Schweizer Franken	81.00	1085.40	1041.45	1091.40
100 französische Franken	81.00	506.95	492.50	529.95
100 belgische Franken	81.00	504.45	493.—	526.95
100 italienische Lire	81.00	320.65	320.65	337.65
100 deutsch-österreich. Kronen	85.00	13.48	14.73	15.35
100 tschecho-slowakische Kronen	—	87.20	85.90	88.65
100 ungarische Kronen	—	24.97	25.22	25.47

Die Reichsjugendkonferenz.

Am zweiten Verhandlungstage sprach Genosse Schröter über: Jugend und Partei. Er führte aus: Ich habe in dreierlei Hinsicht etwas zu sagen: 1. Geschichtlich, 2. prinzipiell und 3. organisatorisch. Die Gegensätze zwischen Jungen und Alten sind rein natürlich gegeben. Im Krieg hat sich die Jugend von den Erwachsenen losgelöst. Die Jugend mußte ihre Organisation selbständig führen, da die Erwachsenen im Kriegsdienste standen. Sie wurde auch selbständiger durch die Kriegsverhältnisse. Als die Revolution ausbrach, waren die Jungen auf sich selbst angewiesen. Wir haben gelernt, daß wenn wir kämpfen wollen, wir mit den Erwachsenen zusammengehen müssen. Wir gingen bisher zu unvorbereitet in alle Kämpfe. Was sich in den Parteien zutrug, hat auch auf die Jugend abgefallen. Wir sind nicht in der Lage, materiell aus eigener Kraft unsere Organisation aufrecht zu erhalten. Das ist bei der kommunistischen Jugend das gleiche. Die politische Anteilnahme der Jugend an den politischen Kämpfen hat stark nachgelassen. Der größte Teil ist in Sportvereinen. Alle proletarischen Jugendorganisationen zusammen haben höchstens 100 000 Jugendliche erfaßt. Es gibt aber viele Millionen junger Arbeiter. Die revolutionäre Jugend hat stark zugenommen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die U. S. P. als der beste Waffenbruder zu betrachten ist. Die Kommunisten haben sich nur an das Gefühl der Jugend gewandt, und infolgedessen bei den Märzkämpfen viele hundert Jugendliche in die Juchthäuser gebracht. Wir müssen uns eng an die Erwachsenen anschließen. In organisatorischen Fragen müßte zwischen Jugend und Partei Gleichberechtigung herrschen. Die Bezirkseinteilung kann am besten der Partei angepaßt werden.

Genosse Großmann (Leipzig) erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind vertreten 93 Delegierte mit 131 Mandaten, die 114 Ortsgruppen vertreten. 1 Delegierter aus der Tischhofstraße, Vertreter der U. S. P., der Frauen, der zentrale, Reichsausschuß und Redaktion des Jungen Kämpfers um die Mandate der Freien proletarischen Jugend Hamburg, die zugelassen werden, entleert eine Debatte.

Als Diskussionsredner spricht Genosse Bräuer. Die Jugendbewegung ist ein Teil der proletarischen Bewegung. Also Jugend müssen wir mit anderen Mitteln kämpfen als die Erwachsenen. Wir denken nicht daran, unsere organisatorische Selbständigkeit aufzugeben. Nur ideell müssen wir uns an eine Partei anschließen. Es geht nicht, daß wir uns neutral den Parteien gegenüber stellen. Die Parteien und Gewerkschaften brauchen wir zur Durchföhrung des Sozialismus. Die Jugend muß Schulter an Schulter mit den Alten kämpfen. Die Konflikte zwischen Jungen und Alten müssen durchgeföhrt werden.

Die namentliche Abstimmung ergab nach weiterer kurzer Aussprache folgendes Resultat: 125 für die Richtlinien, 17 dagegen.

Schröter: Ich erklärte für die Opposition, daß sie nicht nach den Richtlinien arbeiten werden, daß sie aber als Opposition der Organisation anerkannt werden wollen.

Genosse Schwarz-Berlin will die Opposition, die sich nicht an die Beschlüsse gebunden fühlt, ausgeschlossen wissen.

Ueber die Jugendinternationale spricht Meindke-Leipzig: Er gibt einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Jugendinternationale. Sie war vor dem Kriege nicht so stark, als es aus Münzbergs Broschüre hervorgeht. Nach dem Kriege führten die Verhältnisse zur Spaltung der linksradikalen Jugend. Es kam zur Gründung der kommunistischen Jugendinternationale. Münzberg wirft mit Zahlen nur so herum. Am 7. April fand der letzte Kongreß der kommunistischen Jugendinternationale statt. Unsere Mitglieder haben die Beteiligung abgelehnt. Trotz allem Todsagens durch das Exekutivkomitee der kommunistischen Jugendinternationale lebt unsere Organisation, die der in Wien geschaffenen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen angehört. Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf den letzten Weltkongreß angenommenen Richtlinien zur politischen Lage, die Einzelaktionen fordert. Wir vertrauen auf die Entwicklung, überlassen ihr jedoch nicht alles. Wir wollen kämpfende Zentren sein. Laßt uns zur internationalen Arbeitsgemeinschaft zusammentreten.

Hierauf gibt Genosse Hübler Bericht von der Wiener Jugendkonferenz. Die Einberufung geschah gleichzeitig durch Oesterreicher und Franzosen. Genosse Laine (Paris) ging von dem falschen Standpunkt der Wiedererrichtung der Weltkriegsinternationale aus und hatte auch die kommunistischen Verbände eingeladen. Die Kommunisten kämpften mit allerhand Wähnen. Der genaue Bericht liegt gedruckt vor. Die Verhandlungen mit den Kommunisten gingen bald auseinander. Wir gestehen ein, daß unsere internationale Verbindung unterminiert ist. Unsere Unterzeichnung von anderen Richtungen führt in der Hauptsache auf einer anderen weltpolitischen Einstellung. Der Kampf gegen den Militarismus ist außerordentlich wichtiger Programmpunkt. Der wirtschaftliche Kampf wurde zu stark vernachlässigt. Es ist nur eine umfassende Internationale möglich, die gibt es erst zu schaffen.

Genosse Schröter teilt mit, daß die Ortsgruppen sich gegen eine Beschlüßung des Weltkongresses ausgesprochen hätten. Aber das kommunistische Jugendexekutivkomitee hatte uns vom Beginn der Tagung keine Mitteilung gemacht. Die Teilnahme an der rechtssozialistischen Jugendinternationale wurde von der Zentrale abgelehnt. Unser Wiener Exekutivkomitee hat ein längeres Beschlüßungsschreiben gesandt, das besonders auf die Gefahr des Militarismus, vor allem in Frankreich, hinweist. Von einer Diskussion wird abgesehen. Der Beitritt zur Wiener Arbeitsgemeinschaft wird einstimmig beschloßen.

Nach der Mittagspause spricht Genosse Sander über Jugendbeschäftigung. Er führt aus, eine Aenderung der Stellung, die der Jugendliche im Produktionsprozeß einnimmt, ist durch die revolutionären Kämpfe nicht erfolgt. Der Jugendbeschäftigung ist eine Machtfrage. Der Achtstundentag besteht für die meisten Jugendlichen nicht. In den Gewerkschaften und Betriebsräten gibt es darauf hinzuwirken, daß sie sich der Jugendbeschäftigung annehmen. Außer einigen Notverordnungen ist nichts geschehen. Die restlose Erfüllung unserer Jugendbeschäftigungsforderungen ist erst möglich, wenn sich die politischen Machtverhältnisse zugunsten des Proletariats verschoben haben. Die Handels- und Gewerbetreibenden und Innungen stehen einer Reihe Forderungen feindlich gegenüber. Die Lehrlingsausbeutung ist recht groß. Genosse Sander führt eine Reihe Beispiele dafür an. In der jetzigen Krise tritt eine neue Erscheinung auf: Die Entlassung der Lehrlinge nach beendeter Lehrzeit. Das Züchtigungsrecht des Lehrmeisters und die Mädchenausbeutung sind empörend. Ein Jugendbeschäftigungsprogramm ist im Jungen Kämpfer enthalten. Es kommt nicht darauf an, Retfordforderungen aufzustellen, die gesamte proletarische Jugend muß hinter diesen Forderungen stehen. Wir wollen uns nicht immer vor der kommunistischen Jugend verbiegen. Wir müssen mit den Jugendlichen in den gewerkschaftlichen Jugendsektionen zusammenarbeiten. Die Argumentation des Genossen Kühn in seiner Broschüre ist falsch. Dem Reichsausschuß der proletarischen Jugendorganisation muß unsere Jugendorganisation angehören. Wir wollen untertauchen in der Masse der Arbeiterjugend, die uns noch fernsteht. Wir müssen geschlossen für unser Jugendbeschäftigungsprogramm einstehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Leipziger Metallarbeiter zum Verbandslag.

Als Korreferent waren die Ausführungen des zweiten Bevollmächtigten Lieberach zu betrachten. Der Verbandsvorstand habe jede Kampftätigkeit vermissen lassen, er habe sich in die Defensivtät drängen lassen und habe nichts getan zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Das Mitbestimmungsrecht, das im Sinne der Resolution Dismann auf dem Stuttgarter Verbandstage gewährleistet wurde, sei durch den Ausschluß der Teilnehmer an der Reichskonferenz, die durch die kommunistische Gewerkschaftszentrale einberufen wurde und weiter durch die Amtsenthebung der holländischen Ortsverwaltung durch den Vorstand aufgehoben worden. Lieberach verteidigte damit die Zersplitterungsarbeit, die durch die kommunistische Gewerkschaftszentrale betrieben wird. Die Stellungnahme des Vorstandes und des erweiterten Beirates ist seinerzeit in weiten Mitgliederkreisen begrüßt worden und kann nur von denjenigen als Vernichtung des Mitbestimmungsrechtes betrachtet werden, die sich das selbständige Denken durch außerhalb der Organisation stehende Elemente haben rauben lassen. Ebenso beklagt er es mit der Verteidigung der Vorgänge in Halle. Man ist einfach erstaunt darüber, wie die Kommunisten es immer wieder fertig bringen, die Leute, die der Vorstand dort von ihrem verantwortlichen Posten entfernen mußte, als die verfolgten Anschuldsämmer hinzustellen. Anlaß zum Einschreiten boten in Wirklichkeit verschiedene Unregelmäßigkeiten in der Kasse. Die 8500 Mk. Sammelgelder für den Leipziger Metallarbeiterstreik und Sammelgelder für den Volkshausaufbau fehlen noch heute. Daß Lieberach den Anschluß an die Moskauer Rote Gewerkschaftsinternationale verlangt, ist selbstverständlich. Nur über Moskau könne der Kampf weiter geführt werden.

Als Extrakt seiner Ausführungen legt er drei Anträge an die 15. Generalversammlung vor. Einer verlangt die Angültigkeitserklärung des Beiratsbeschlusses, betr. den Ausschluß der Gewerkschaftszersplitterer, der zweite verlangt, daß dem Vorstande die Bestätigung und die Abberufung der örtlichen Verwaltungen entzogen wird (bezugsnehmend auf die Vorgänge in Halle), und der dritte Antrag hatte die Gestalt des bekannten Offenen Briefes der kommunistischen Partei an die Arbeiterorganisationen, mit dem nachfolgend: „Sollte es nicht möglich sein, in aller Kürze die Grundlage zu einem geschlossenen Vorgehen mit den andern Organisationen zu schaffen, ist der Vorstand verpflichtet, die Forderungen für die Metallarbeiter durchzuführen.“

Sollte eine Mehrheit für die Forderungen im Offenen Briefe nicht vorhanden sein, so würde Lieberach sich auch damit abfinden, daß an Stelle dieser die zehn Forderungen des Gewerkschaftsbundes gestellt würden. Der Nachsch dieses Antrags erhellt deutlich, daß ernstlicher Wille hinter diesen Forderungen steht und dieselben nur als Parole zu bewerten sind. Ein Antrag von anderer Seite verlangt noch ein Mißtrauensvotum für die Metallarbeiterzeitung wegen der einseitigen Schreibweise gegen die Kommunisten. Eine ganze Reihe von Rednern beider Richtungen kam in der Diskussion zum Worte. Auf der einen Seite kam dabei zielklares Wollen unter Ablehnung aller undurchführbaren Forderungen zum Ausdruck, auf der andern Seite nicht viel mehr als unklare Gedankengänge, die Verteidigung kommunistischer Parolen, die unter dem offensibaren Einfluß von Moskau in den Köpfen spuken. Im Verlaufe weiterer Ausführungen verteidigte auch Lieberach nochmals die kommunistische Kampfweise und die Aktionen, eine kleine Minorität müsse den Vortrupp im revolutionären Kampf bilden. Mit seinen Ausführungen entsagte Lieberach natürlich den Widerspruch der denkenden Kollegen. Er reagierte darauf mit einer schweren Beleidigung gegen die Leipziger Volkszeitung, also indirekt gegen alle Anhänger derselben, indem er die L. V. als eine Hure bezeichnete, die einst bessere Tage gesehen habe. Ein minutenlanges Entrüstungssturm brach aus, der nur schwer wieder eingedämmt werden konnte. Kollege Leichgräber erteilte Lieberach die richtige Antwort. Es hiesse dem Träger einer solchen Denart zu viel Ehre antun, wenn man sich mit ihm beschäftigen würde. Der demokratisierende Einfluß von Moskau tritt auch hier in Erscheinung. Lieberach plaudert

sich unter allen Umständen als Leipziger Miniaturausgabe des großen Sinowjew aufzuführen zu müssen. Lieberach hat nicht bedacht, daß Sinowjew weit vom Schuh war, als er die Führer der deutschen Arbeiterbewegung und die 100 000 deutscher Gewerkschaftsfunktionäre als Kettenhunde der Bourgeoisie beschimpfte, also dafür von den Beleidigten nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, während er sich aber gegenwärtig noch als mitverantwortlicher Führer der Leipziger Metallarbeiter zu betrachten hat.

Eine Rolle spielte auch ein Antrag von kommunistischer Seite, für die Rote Hilfe 5000 Mk. aus Verbandsmitteln zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde von allen kommunistischen Rednern befürwortet und als selbstverständlicher Ausdruck der Solidarität betrachtet. Grundsätzlich wurde entgegengesetzt, daß es nicht angängig ist, Gewerkschaftsgelder zur Finanzierung politischer Bewegung zu verwenden. Mit demselben Recht können dann auch Mittel bei jeder andern politischen Bewegung, gleichviel von welcher Partei sie ausgeht, in Anspruch genommen werden. Außerdem ist zu bedenken, daß die Leipziger Verwaltungsstelle bereits alle Kollegen, die durch die Streifbewegung arbeitslos geworden sind, vier Wochen lang 60 Mk. Unterstützung aus der Lokalkasse gewährte. Dabei war zu beobachten, daß viele Kollegen, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen wollten, besonders bei solchen aus den Leunawerken, nicht eine einzige Solidaritätsstempelkarte für den Leipziger Metallarbeiterstreik in ihrem Buche hatten. Diese kommunistischen Kollegen stellen also die höchsten Anforderungen an die Solidarität ihrer Klassengenossen, wenn sie dieselbe aber selbst üben sollen, sind sie nicht zu sprechen.

Die gestellten Anträge zur Generalversammlung wurden mit wenigen Ausnahmen angenommen, auch die 5000 Mk. wurden bewilligt. Als eine Willensundgebung der Leipziger Metallarbeiter werden die beiden Versammlungen wegen ihres mäßigen Besuchs nicht betrachtet werden. Aber ein Ansporn für die Mehrheit der Leipziger Metallarbeiter muß der Verlauf der Versammlungen sein, in Zukunft den Angelegenheiten der Organisationen etwas mehr Interesse entgegenzubringen, damit die Geschäfte derselben nicht einer zufälligen Versammlungsmehrheit ausgeliefert werden, wie es hier der Fall war.

Der Reichsausschuß der Krankenkassenangeestellten tagte am 2. Mai in Berlin. Er beschäftigte sich vorwiegend mit dem Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Januar 1921, durch den das Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung vom 21. Dezember 1920, das sogenannte Sperrgesetz, auch auf die Angestellten der Krankenkassen ausgedehnt wurde.

Uebereinstimmend ging die Auffassung der Anwesenden dahin, daß die Verordnung des Wohlfahrtsministers gegen die Reichsverfassung verstößt und deshalb die Ratsvorsitzende nicht verpflichtet sind, diese ungesetzliche Verordnung durchzuführen. Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten wurde beauftragt, mit allen Mitteln auf die Aufhebung dieses Erlasses hinzuwirken. Einmütig war die Sitzung der Auffassung, daß der ungesetzliche Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers unter allen Umständen scheitern muß, wenn nicht für die Sozialversicherung schwere Gefahren heraufbeschworen werden sollen.

Die folgende Entschlüßung wurde einstimmig angenommen: Die Sitzung des Reichsausschusses der Krankenkassenangeestellten im Zentralverband der Angestellten erhebt wiederholt gegen die Verfügung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Januar 1921, die die Anwendung des Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1920 (sog. Sperrgesetz) auf die Krankenkassenangeestellten bezweckt, den schärfsten Protest. Sie sieht diese Verfügung als ein Verlehen auf das den Krankenkassenangeestellten auf Grund der Reichsverfassung gewährte Koalitionsrecht an. Bei Durchführung dieser Verfügung würden den Angestellten u. a. auch die Rechte aus dem Betriebsratsgesetz genommen. Die Verfügung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt ist dem gleichen Geist entsprungen, der seinerzeit bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung am Werke war, um das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten zu erschöpfen.

Die Versammelten beauftragten den Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten, die in der Sitzung festgelegten weiteren Maßnahmen mit aller Energie zur Durchführung zu bringen.

Die 48-Stunden-Woche und die Textilarbeiter.

Die Textilarbeiter, die durch ein Abkommen sich die 48-Stunden-Woche gesichert hatten, werden von den Textilindustriellen bedrängt, um zur 48-Stunden-Woche und darüber hinaus zurückzukehren, so daß die — Konjunkturperioden voll ausgenutzt werden können.

Den Unternehmern ist nun durch einen Schiedsspruch des Hamburger Schlichtungsausschusses, dem Landrichter Sunfeld vorstand, Erlaßung der Arbeiter und ihr Verharren zur 48-Stunden-Woche erlassen.

Der Schiedsspruch besagt folgendes: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 (achtundvierzig) Stunden. Falls die Parteien für den Sonnabend sowie für die Tage vor Weihnachten und Neujahr eine Verkürzung der täglichen achtstündigen Arbeitszeit vereinbaren, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werkstage verteilt werden.

Zu beachten ist dabei folgendes: Die Abmachungen sind von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Textilindustrie seinerzeit beschloßen worden. Der Schiedsspruch steht daher in Widerspruch zu den Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft. Die Unternehmer kündigten wohl das Abkommen, das aber so lange gilt, bis andre

LEIPZIGER TEXTILGESELLSCHAFT MBH TUCHGROSSHANDLUNG Sommer-Anzugstoffe Kammgarne reine Wolle Mk. 195.— per Meter in vielen hellgrauen Musterungen Nur erstklassige Erzeugnisse für die Maßschneiderei Leipziger Textil-Gesellschaft Brühl 21 m. b. H.

Vereinbarungen an dessen Stelle gesetzt werden. Das Organ der Textilarbeiter meint dazu:

„Der Hamburger Schiedspruch ist ein Fehlspruch, der lediglich nur dem Unternehmerinteresse dient. Er dient nicht dem wirtschaftlichen Frieden, sondern fordert den Kampf heraus.“

Wir sehen hier wieder einmal, daß die Unternehmer nur solange sich an Abmachungen halten, als sie ihnen bequem sind. Sowie sie sich in ihrem Profitstreben beengt fühlen, fallen alle Verträge unter den Tisch. Dieses Spiel zeigt zugleich den Wert der Arbeitsgemeinschaften, wie sie — die Unternehmer verstehen. Die Konsequenz aus diesen Tatsachen zu ziehen, bleibt allen Gewerkschaften vorbehalten.

Streik im Malergewerbe.

Nachdem die Leipziger Malermeister die Erhöhung der Gehaltelöhne abgelehnt hatten, obwohl im Reichsarbeitsministerium in Berlin für die deutschen Großstädte Lohnverbände bis zu 100 bis 150 pro Stunde durch Schiedspruch festgelegt worden waren, haben gestern in Leipzig 350 Malergehilfen die Arbeit eingestellt.

Kollegen! Meist Soldatentum. Kein Kollege darf zum Verächter seiner eigenen Klasse werden. Die Leipziger Malermeister haben in ihrer Geschäftsstelle, Kathausstraße 4, eine Arbeits-Ausschüttelung eingerichtet, wo sich die Malermeister selbst erdienen lassen, gegenseitig Selbstbedienung zu leisten, eventuell auch die noch arbeitenden Malergehilfen gegenseitig zu unterstützen, um nach der Meinung der Malerinnung und ihrer verstaubten Lohnkommission den Streik und damit die Kollegenhaft niederzuschlagen.

Kollegen! Nehme jeder Arbeitende ab. Streikarbeit zu verrichten! Laßt euch nicht verführen, ganz gleich wohin, melde! derartige Fälle sofort unter Niederlegung der Arbeit dem Streik-

bureau, damit den Scharfmachern Leipzig der Weg gesalbt wird, den sie zu gehen haben. Die übrigen Bauarbeiter aber müßten wir ermahnen, sich auf den verlassenen Arbeitstellen etwaige neue arbeitende Maler zu helfen? genau anzusehen und sich zu orientieren, mit welchen Malergehilfen sie es eigentlich zu tun haben. Meldungen werden in unserem Bureau entgegen genommen. Auf das Mundschreiben der Innung werden wir morgen unsere Antwort geben.

Das jährliche Handwerk für die Gehelingsausübung.

Der Landesauschuss des sächsischen Handwerks nahm energisch Stellung gegen den Versuch der Gewerkschaften und der Reichsregierung, das Lehrverhältnis zu einem Arbeitsvertrag umzugestalten. Das Handwerk hält daran fest, daß der Lehrvertrag ein Erziehungsverhältnis bedeutet und sieht darin den Grundpfeiler für die Erhaltung und die Leistungsfähigkeit des Handwerks. Ebenso hält er die Sperrvorschriften der sächsischen Regierung in der Regelung der Lehrlingszahl für unüberwindlich.

Eine andre Stellungnahme war von diesen Herren ja gar nicht zu erwarten. Für sie kommt es nur darauf an, möglichst viel Lehrlinge zu beschäftigen und sie zu willfährigen Ausbeutungsofferten zu erziehen. So steht in Wirklichkeit der „Grundpfeiler“ für die Erhaltung und die Leistungsfähigkeit des Handwerks“ aus. Wir fordern im Verein mit den Gewerkschaften, daß der Lehrvertrag zum Arbeitsvertrag umgestaltet wird; nur so können wir der Ausbeutung der Lehrlinge wirksam entgegen treten.

Das Schicksal alter Arbeiter.

Die Firma B. Gross, Kunststadt, Ellenburger Straße, entließ am Pfingstsonntag drei alte verheiratete Arbeiter, von denen der eine 30 Jahre, der andre 20 Jahre im Betrieb beschäftigt war. Aus steuerrechtlichen Gründen erklärte die Firma einen Arbeitsnachlass als gesonderten Betrieb, der aber nach wie vor in der Produktionsform zum übrigen Betrieb der gleiche geblieben ist. Die Firma verlangte von der Belegschaft, einen gesonderten Betriebsrat zu wählen, um auch nach außen den gesonderten Betrieb zu dokumentieren. Der Betriebsrat sowohl wie die Belegschaft hatten das Ansinnen der Firma abgelehnt. Die Firma ließ darauf verzichteten in den übrigen Abteilungen arbeiten und warf als erste die drei oben erwähnten auf die Straße, ohne sich um den Einspruch des Betriebsrats und um die Verordnung vom 12. 2. 1920 zu kümmern. Die Firma beschäftigte die Ledigen und Mädchen, die Männerarbeit machen, weiter mit der schönen Begründung aus „Wirtschaftlichkeit des Betriebes“. Diesen laien Unternehmern trifft bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit das soziale Verständnis aus den Mundwinkeln. Wie sieht nun die Praxis aus? Nachdem man die Arbeiter 30 Jahre ausbeutet hat, weist man sie wie eine ausgepreßte Zitrone auf das Straßengestühl. Diese Angelegenheit wird den Schlichtungsausschuss beschäftigen müssen. Man darf gespannt sein, ob er sich auf die Seite dieses Arbeitgebers stellt. Auf jeden Fall sind die übrigen Arbeiter gut, aus dem Verhalten der Firma die richtige Lehre zu ziehen.

Lichtspiele
Bornaische Str.
Durch seine eigenartige Ventilationsanlage ist stets angenehmer, kühler Aufenthalt!
Heute bis Montag
der mit großer Spannung erwartete beste **Mia-May-Film**
Das wandernde Bild.
Erschütterndes Drama. 5 Riesen-Akte.
Lolos Vater.
Lebensbild in 4 Akten mit **Konrad Dreher.**

Hauschl. Leberwurst
Hauschlacht. Blutwurst
allerfeinste Qualitäten
im Schweinsbottich aus rein
deutschem Schweinefleisch
à Pfund 18,50 Mt.
Feinste Zerkelwurst
à Pfund 21,00 Mt.
Feinste Mettwurst
Garantiert reinen
Bienen-Brehonig und
Bienen-Schleuderhonig
à Pfund 13,00 und 15,00 Mt.
Brandy
prima Weinbrand-B.
à Flasche 37,00 Mt.
Martius, Bismarckstr. 83, III.
Rein Laden. Telefon 31895.

la Schmalz 10.50
Schweinefleisch, gep. 9.—
Rindfleisch, 2 Pfd., D. 8.50
Fetelmargar., Würfel 9.50
Speck, geräuchert 12.—
F. Hoelt, Kreuzstr. 17.
Herabgesetzte
Tapeten
Wachstuche
Taschen, Mappen
Windelhöfen, Bett-
einlagen
Bernh. Nestler
Eisenbahnstrasse 99
an der Elisabethstrasse.
Brom.-u. Klappwagen
m. Verbed und Sportwagen
bill. Lindenau, Markt 11, I. r.

I. Berleib-Institut
feiner Gesellschafts-Anstalt
J. Kindermann
Neumarkt 1, 1. Trepp.
Conrad Müller
Buch- u. Schreibwaren
Schlesische-Str. 10
Täglich geöffnet
Montags 9-6, Sonntags 11-9 Uhr
Reinicke, Paunsdorf
Täglich geöffnet
Montags 9-6, Sonntags 11-9 Uhr

Achtung! Billiges Fleisch!
Derbes Rindfleisch . . . 12.4
Küchenschinken . . . 10.4
Schmalz . . . 10.4
Sämtliche hausgemachte Würst- und Fleischwaren
zu billigstem Tagespreis.
Kurt Haft, Lind., Markt 16, Teleph. 43527.

Der Bankrott des Reformsozialismus
von **Rud. Mardianini.**
Preis 2.50 Mt.
Unsere Fikalen und die Austräger der Volkszeitung
nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Landauer Straße 19/21.

Leipziger Bücher-Ramisch-Halle
Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Ithlinger Hof.
Mittelschulische, Unterhaltungs- und Jugendchriften.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Tüchtiger Wildwaren-Zurichter
der sofort gesucht
Rüdiger & Quack, C. m. b. H.
Leipzig-Möden
Reinigungsstraße 4/8.
Fählerinnen
für feine Häkelarbeiten gesucht.
Offerten unt. B. N. P. 6238 an
Ala - Hansenstein & Bogler,
Berlin W. 35.
Stepperrin
für Leder-Kinder-
Kleider sofort ge-
sucht. Hausarbeit. Schön-
heit. Ann. an die Straße 27.

Spottbillig
Getragene und neue
Anzüge
Hosen
und
nur prima Qualitäten und
feinste Schneider-Arbeit
auch Herren-, Damen- und
Kinderkleider kaufen Sie wie
altbekannt beim **Wägen**
Kanner
Eisenbahnstr. 5
Laden.

Hemden
Damen 18.—
Herren 20.—
Hemdenbarchent . . . m 20.—
Körper-Strick . . . m 20.—
Bett-Ratten . . . m 10.—
Damalt u. Stangenlein. 25.—
Bettbezug u. Kissen 120.—
Bettuch . . . St. 30.—
Sand- u. Wischm. St. 5.—
Rohsartent. 20. I. I.
Sonntags kein Verkauf.

Küchensch. Bett m. W. Tisch
Silber. Rindst. Apollstr. 13.
Küchensch. 200. Waldkom.
250.4. St. Tisch. Kleiderstr. 7.
Wohlbau. V. Schmeiderstr. 7
Küche, Berlin. Kleiderstr.
Sofa, Chaiselongue, Spiegel
vt. Kappe. Nürnberger Str. 11.
Guterhalt. Bett m. tabelloser
Matr. vt. Bo., Rixstr. 94. III.

El. Rad. Gitterbett, w. bill.
Co., Querbachstr. 2, II. Mitte.
Möbelsch. gutn. od. vt. prsm.
Neth. Frankfurter Str. 22.
Möbelsch. gutn. od. vt. prsm.
Kappe. Nürnberger Str. 11.
Fahrradgummi Gelegenheitsk.
Belma Qualität — Ganz billig
Arnold, Bld., Ernst-Mey-Str. 10.

Kochkinderwagen, fast neu,
vt. Schleißh. Adelsstr. 20, I. r.
Kochkinderw. schön, aus Prsm.
Neureud., Cäcilienstr. 5, II. r.
Klappwagen, gutn. od. vt. prsm.
vt. W. Burauerstr. 68, IV. r.
Klappwagen mit u. oh. Verbed.
billig. Täubchenweg 58, I. lfs.
Klappwagen oh. Verbed. billig.
Lindenau, Angerstr. 1, III. r.

Brutaler Minerva (Bahn
1000-Mark-Tier)
schl. Legezeit. 8 Tage tägl.
Abdel., Ital. m. 500. Ernt.
vert. Gartenbergstr. 68, II. r.
Lauferschwein preisw. a. vert.
Schleißh. Blümlerstr. 21, I. r.

3. verläss. Frauen
zum **Senungstragen**
gesucht. — Zu melden bei
Beckel, Thomaststraße 2
(Konsum-Verein).
Heimarbeiterinnen,
ganz perfekt für Wäsche, fucht
E-Stabenau, Frankf. Str. 6, II.
Heimarbeiterinnen zum Ein-
rollen v. Haarnadeln, Nadel-
fabrik Merseburger Str. 54, 5.
Eine Wajchfrau
König-Johann-Str. 11, v. I.
Besser. junges Mädchen
das bei den Eltern schlafen
kann, für sofort gesucht.
Schönefeld, Kostritzer 1, v. I.
Aufwart. Mittw. u. Sonnab.
vorm. ab. 11. Brandstr. 12, I. I.
Mädchen gesucht
Blow, Alchardstr. 53, I.
Junges christl. Mädchen
sucht Stellung a. Verkäuferin
in Klein-Geschäft. Selb. würde
sich auch im Haushalt betät.
Koch- oder Schreibwaren-
geschäft bevorz. Off. u. Ch. R.
St. 31., Weichenfelder Str. 20.

Algi
Seifen-
Pulver
Qualitätsware
Paket 210 Mark
überall zu haben
Hersteller Alfred Gieseke
Fabrik chem. Produkte
Verkaufszentrale
Leipzig-Dirnriching 15
Zu haben in sämtlich Ver-
kaufsstellen des Konsum-
Vereins Leipzig-Plagwitz.
2 Anzüge, modern. Cutaway-
anzug Kolonnadenstr. 19, I. I.
Mehr. mod. Anz., v. ch. Hosen
vt. H. Demmeringstr. 72, II. I.

Achtung! Preisliste für meine Detailabteilung Achtung!
Günstige Gelegenheitskäufe in
Seidenstoffen und Baumwollwaren
Durch Einkäufe großer Gelegenheitsposten bin ich in der Lage, dem
geehrten Publikum große Qualitäten zu billigen Preisen anzubieten. U. a.:
SEIDENSTOFFE
Crepe de Chine 100 cm breit . . . 63.75
Adlerseide
bedruckt, große Auswahl, 65/67 cm br. 37.50
Rohseide
bedruckt, groß. Sortiment, 75 cm breit 54.00
Seidenstreifen
für Blusen und Kleider, 80/82 cm breit 42.50
Schotten reine Seide, ganz große
Auswahl, 85 cm breit. 65.50
Japan-Seide
in groß. Farbensortimenten, 90 cm breit 47.85
Paillete in allen Farben, 85 cm breit 62.50
Seidenfrottee
bedruckt, mod. Muster, 68/70 cm breit 35.00
BAUMWOLLWAREN
Hemdentuch 7.45
Seidenbatist bedruckt 13.00
Voll-Voile bedruckte schöne Dessins
für Blusen und Kleider 21.85
Voile bestickt 36.50
Mull betupft, bestickt 16.50
Voile
bedruckt, große Auswahl 22.00
Voile weiß 12.75
Voile weiß 12.50
Hemdenperkals
elegante Muster 16.50
Perner soeben eingetroffen:
Ein großer Posten Dirndl-Musseline in den prächtigsten Dessins, Ia. Qualität 16.50
T. FOGEL SEIDEN- UND SAMMET-PARTIEWAREN
Leipzig, Katharinenstraße 17, Aufgang A, I. Etage

Verkäufe
Rauch-Tabak
gar. rein, 100g nur Mt. 4.—
in den Zigarren-Geschäften:
Burauerstr. 37, Gerberstr. 40
Kühner Str. 49, Elsterstr. 3.
! Von Herrschaften!
wenig getr. Herren- u. Damen-
Garderobe Kostüme, Kleider,
Mantel, Röcke, Hüte, Schuhe,
Bettwäsche, Federbett, a. bill.
Vrech. Kamf. Steinweg 28, I. I.
**Mod. Jacketts, Cutaway-
u. Gehr., Anzüge, Gummi-
Mantel, Schlüfer, Hosen**
vert. billig Lanne Str. 10, I.
Feldgraue
Sommer-Joppen
Feldgraue 1.
Militär-Hosen u. Blusen
bill. Windmühlenstr. 33, I.

**Wir verkaufen 1.
erstklassige, umgekehrte
Herrenhüte**
pro Stück von Mt. 30.—
hell und dunkel, alle
Größen und vorhanden.
Leipziger Putzpresserei
Grimmstraße, Steinweg 8
Wertvolle Sof rechts
Gr. Leinen-Wischtücher
Ia Ware, rotfar., v. Dbd nur
55 Mt. Wiederverkauf billig.
W. Wöter, Eisenstr. 39, I.
27 Mt. u. 30 Mt. groß, Bett- u.
Leinwand, So. Blau, Kleid.,
D. Güte v. b. Thomasstr. 9, I.
Strickwolle für Händler!
Wieder billiger.
Baumwoll-Strickwaren.
G. Wintler, Schillerstr. 22.

1 Gebett Federbetten, Challe-
longue vt. Sophienstr. 62, pt.
Vorsatz. Kleiderstr., faub.
Bettstelle mit Matratze, neu
gepolstert, billig zu verkaufen,
Lindenau, Heinrichstr. 4, Lad.
Schreib-Sekretär 275.4, Sofa
250.4 vt. bill. Köderstr. 14, vt.
Billiger Möbelverkauf!
Schlafzim., h. Eiche gem. 2500.
Küchen, 7 Teils, 850 Markt.
Schränke von 290 Markt an,
komplette Betten 470 Markt
Lind., Merseburger Str. 62.
Achtung!
Komplette Schlafzimmern
vt. Leuzsch, Querstr. 7, III. I.
Küche, Chaiselongue, Büffett
vt. Lt., GutsMuthsstr. 10, I. I.

Umgeh. Inf. Lehr bill. 3. vt.
md. Küche, furn. Vert. Kleider-
Sofa, Div., Bettst. m. W., arch.
Sofa, Kts. Wiganstr. 15, v. I.
Pflüsch-Sofa, Tabakstr. 26, vt. r.
Guterhalt. Sofa, Bettst. m. W.,
Küche 250.4, Kleiderstr. 14, vt.
billig, Heilber Str. 38, II. lfs.
2 Bettstellen gebraucht, zu vt.
Schlafzim., Kreuzstr. 7, II. lfs.
Kauf neues Kinder-Gitterbett
mit Matratze, Klapp-Stuhl,
Holländer billig zu verkaufen,
Lindenau, Birkenstr. 8, vt. r.
Reform-Kinderbett, wie neu,
130.4, Gramophonstr. 13, vt.
400.4, Friedhofs-Eichenstr.
85.4 vt. Go., Georgstr. 25, I. I.

Fahrräder
neu, u. wie neu vorgefertigt.
Fahrrad-Zubehör
größte Auswahl allerbillig
Kantstädter
Steinweg 33
Ein Fahrrad, Halbtrommel, m.
Dolatsch, u. Freif., fast neu,
u. vert. ev. tauchige gegen alte
Herren- od. Damenrad Ernst.
Königsstr. 26, Stb., Freitag bis
nachm. 5 U., Sonnab. 7-4 U.
Brom.-u. Klappwagen
vt. Brom.-u. Federbtt.
bill. Hind., Markt 11, I. r.
Gelegenheitskauf! Gelochl.
Klappwagen, m. Verbed. 150.4 vt.
Kreuzstr. 7, II. lfs.

Guterh. mod. Kinderwagen,
Klappwagen m. u. oh. Verbed., sehr
bill. vt. H. Birkenstr. 8, vt. r.
Kinderwagen, gutn. od. vt. prsm.
für 100.4 Schleißh. 55, I. I.
Kinderwagen, gutn. od. vt. prsm.
Sellers, Tornauer Str. 62, II. I.
2 Handwagen, 4 Räder, 3-6 Str.
Tragkraft, bill. Feldstr. 16, vt.
Waldgefäße
sehr preiswert.
Bannen 70 cm nur 48 Markt.
Waldau, Leonhardtstr. 11,
Reparaturannahme 2, II. 330.
Wasserbahn 12.
Dortel 8.
Regel m. Verbed. 1.
Weichenfelder Str. 30.

Wohnungen
Mit. ja. Mädchen sucht frdl.
Schlafstelle m. Kachel, Elg.
Bett, Kleid. od. Großschob.
bes. Off. u. K. a. v. l. Kleinfeld.
Leere Stube m. Kachel, 1. Wl.
od. Lind. a. mtel. gel. Off. u. H. 4
v. l. v. l. Weichenfelder Str. 30.
Lagerraum, Bureau
od. 2 Zimmer f. med. Gummi-
waren, engr. gel. Off. u. L. 88
v. l. v. l. v. l. Doernmannstr. 1.
Zulterate (und nicht an die
an die Expedition s. adressieren)

Öffentliche Bekanntmachungen.

SparKasse Engelsdorf-Sommerfeld-Möllau
Zinssatz 3 1/2 % Täglich Verzinsung.
Ersparert wird jeden Wert tag vormittags
in Engelsdorf, Sommerfeld und Möllau.

SparKasse Paunsdorf.
Geschäftszeit:
Montags bis Freitags 8-2 Uhr,
Sonnabends 8-1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.
Postkontokonto Leipzig Nr. 41390.
Kontostellen.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Borsdorf. Heute Freitag, abds. 8 Uhr, **Gemein-**
samte Versammlung mit SPD. und
S.D. im Feldschützen. Wichtige Tagesordnung:
Elternratswahl, Gemeindeangelegenheiten.

Böhlitz-Chrenberg. Die **Kinderspiele** finden
Montags und Donnerstags
von 6-8 Uhr abends auf dem Spielplatz am Wasser-
turm statt. Spielleiter und Spielleiterinnen werden
erleicht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Galschwitz-Großstädteln. Sonnabend, 21. Mai,
abends 8 Uhr, spricht
im Feldschützen Grobstädteln Genosse **Gust. Ernst**,
Leipzig, über: Die politische Lage. Wir erwarten
zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder. D. V.

Hänichen-Lützhena. Sonnabend, den 21. Mai,
abds. 8 Uhr, **Mitglieder-**
versammlung im Kasino. Tagesordnung: Partei-
angelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

Kleinajthofer. Sonnabend, den 21. Mai, abends
8 Uhr, **Mitgliederversamm-**
lung in der Terrasse. 1. Vortrag des Gen. **O. Jonsson**,
2. Ausprache. 3. Parteiangelegenheiten. Zahlreichen
Besuch erwartet. Der Vorstand.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Morgen
den 21. Mai, abends 8 Uhr, **Diskussionsabend**
in Stadt Altenburg, Lindenauer Markt. Thema:
Wachstum in der Revolution. Referent: Redakteur
Gen. **E. Franz**. Anschließend Ausprache. Zahl-
reiche Beteiligung wünscht. Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf.
Sonnabend, den 21. Mai, abds. 8 Uhr, **Mitglieder-**
versammlung im Böhmerwald. Tagesordnung:
1. Vortrag über: U.S.P.D. und Sanktionen. Referent
Gen. **H. Plottko**. 2. Partei- und Vereinsangelegen-
heiten. In anbeacht der heutigen politischen sowie
wirtschaftlichen Verhältnisse ist es Pflicht eines jeden
Mitgliedes, zu erscheinen. Der Vorstand.

Fabrikarbeiter-Verband Markranstädt und Umgegend

Freitag, den 20. Mai, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
in der Turnhalle der Freien Turnerschaft Markranstädt.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnbewegungen.
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1921. 3. Stellungnahme
zum Beschluß des Verbandsrates zwecks Erhöhung der
Streik- und Gemahregelungen-Unterstützung und Beschluß-
fassung dazu. 4. Gewerkschaftliches.
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter

Verband Die Bibliothek
hebt allen Mit-
gliedern unent-
geltlich zur Verfügung und
können während der
Vorauszeit entliehen werden
Krankmeldungen müssen gegen Zurückzahlung des Verbands-
buchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Montag, den 23. Mai 1921, abends 7 Uhr,
Versammlung der Vertrauensleute
und **Betriebsräte** in der Grünen Aue, Leipzig.
Anspr., Bernhardtstraße 20. — Vertrauens-
männern mitbringen.
Das Agitationskomitee L.-St.

Dienstag, den 24. Mai, abends
8 Uhr, **Mitglieder-Versamm-**
lung im Deutschen Haus.
Der Vertrauensmann.



MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN
ACTIENGESellschaft LEIPZIG-WAHREN.

Generalvertreter für Leipzig: **Paul Hübner**, Leipzig
Bayersche Straße 30, Telefon 11061.

Billige

Lebensmittel

Schmalz	Pfund	10.50
Geräucherter fetter Speck	Pfund	10.00
Speise-Oel	Pfund	9.50

Gezuckerte kond. Magermilch	Dose	4.25
Bienenhonig	1-Pfund-Glas	16.50
Rangoon-Bohnen	Pfund	0.95
Perl-Bohnen	Pfund	1.25
Viktoria-Erbesen	Pfund	1.75
Nudeln	Pfund	6.50
Bruch-Maccaroni	Pfund	7.00
Californ. Pflaumen	Pfund	5.50
Mischobst	Pfund	7.50
Ringäpfel	Pfund	10.50

Himbeersaft mit Zucker	Inkl. Flasche	11.00 15.50 22.00
Brombeersaft mit Zucker	Inkl. Flasche	9.50 14.00 17.50

Apfelwein mit Flasche und Steuer		6.30
Weinbrand Verschnitt	Inkl. Flasche	39.50

Gebr. Kaffee	Pfund	19.50 21.00
Ceylon-Tee	Pfund	28.00



Gebrüder

Vom 20. bis 26. Mai: **Erstaufführung!**
Der Roman einer menschlichen Verirrung, das Drama
einer Leidenschaft nach dem Klotz'schen Motive:

Die Marquise von O.....!

6 spannende Akte mit **Hans Albers**
und **Herta Heden**.

Königs-Pavillon
Promenadenstr. 8

'Miss Arizona'

Die Heldin der Prärie

Grosses sensationelles **Wild-West-Drama**. 6 Akte

Nur **Erstaufführungen** vom 20. bis 26. Mai:
Das **Aufsehen** erregende, kolossale **Detektiv-Drama**
„Die Stunde nach Mitternacht“
Ein atemberaubender **Sensations-Kriminal-**
Roman von **Bernhard Rosen** in
Hauptrolle:
5 Akten Manny Ziener.

Kasino-Lichtspiele
Neumarkt

Lene Voss in dem **Lachsälven** erzeugenden
brillanten **3aktigen Lustspiel**
Die verrückte Apotheke.

Leipziger Mieter-Berein

Ortsgruppe Zentrum
Sonnabend, den 21. Mai 1921, abends 8 Uhr
Außerord. Mitglieder-Versammlung
in den **Koburger Bierhaken**, Brühl 8.
Tagesordnung: Wichtige Beschlüsse.
Dringendes Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
Ausweis: Mitgliedskarte. Der Ortsgruppen-Vorstand.

Warum denn weinen

über die teuren, schnell abgenutzten **Ledersohlen?**
Meine Gummisohlen sind **viel billiger** und **haltbarer!**
Preis pro Paar **12.90** — bis **15.00** — je nach Größe.
Kinderleichtes Anmachen! **Sünder hohen Abwats!**
Herrn. Bothe, Lindenau, Markt 7 43040.

Nur an Verbraucher!
KAKAO
ff. deutscher, **13.50** Pfund.
Das **Amerikaner!** **10.00** Pfund.
Dunkler holländischer
15.50 Pfund.
Der **kleine Laden**
Schönerlände Straße 62.

Achtung, Hausfrauen!
Schmalz **9.50** Pfund.
Margarine **7.70** Pfund.
Klisch, Siemensstr. 41.
Achtung!
Prima frisch, Rindfleisch
zum braten, **10-12** Pfund.
Frisches Rindgchäntes
12 Pfund.
Schweinefleisch
Pfund von **13** Pfund an.
Thüringer Blutwurst
12 Pfund.
Richard Haubold
L.-Bollnarsdorf, Kirchstraße 92.

la Rindfleisch zum
Braten **10.00** Pfund.
In fettes Rindfleisch
Pfund **9.00** und **10.00**.
In frisches Rindfleisch zum
Kochen u. Brat. **12.00** Pfund.
Gebacktes **10.00** u. **14.00**.
In fr. Kalb-, Schwein- und
Hammelf. **1. Aufl. Tagesort.**
Als Spezialität empfehle
hauslich, Wurstwaren
nach Thüringer Art,
vorrätig im **Geldmarkt**.
In **Preiskopf**
Pfund **12.00** und **18.00**.
In **Wurst** **12.00** und **20.00**.
In **Leberwurst**
Pfund **12.00** und **20.00**.
In **Kaiser-Tagwurst**
Pfund **22.00**.
In **Kaiser-Tagwurst**
Pfund **20.00**.
In **Krautwurst, Kolnische u.**
Mettwurst **22.00**.
In **frische Salami- und Tee-**
wurst **24.00**.
In **Schneidfleisch** **24.00**.
In **la Fleischsalat** **12.00** Pfund.
Tel. **10570** **Otto Böttcher** Tel.
Selb., **Kednerstr. 6, Cde Brand 51.**

Lichtspiele Zschocher

Telephon 40960 Inhaber: **M. Raschke**
Ab heute bis Montag:

Die Vampire III. Teil

2 Episoden — 6 Akte
1. Faszinierende Augen
2. Satan Vampir

Der III. Teil übertrifft alles mit noch nie
dazuwesenen Sensationen
Original - Massen - Stierkämpfe
Ferner:

Blondes Gift

Großes **Sittendrama** in 6 Akten
nach dem gleichnamigen **Berliner Roman**
von **Paul Langenscheid**
In der Hauptrolle:
Reinhold Schünzel
Hedda Vernon

Dieser Film darf nach neuer Reichs-
zensur nur noch bis 28. Mai öffentlich
vorgeführt werden.
Jugendliche haben keinen Zutritt

Einlaß 5 Uhr.

Lindenauer Lichtspiel-Haus

Nur **Lützner Straße 19.**
Nur 4 Tage! Nur 4 Tage!
Texas Jack

in seinem **Original-Wild-West-Film**
Der Todeskampf um Barilo
I. Teil. Ein tollkühner Raub. I. Teil.
Nic Carter
der **Meister-Detektiv** in dem Drama
Die verräterische Banknote.

Sonntag, 3 Uhr: **Jugendvorstellung.**

Olympia-Theater

L.-Möckern, Eckardstraße 1 Tel. 8056
Freitag bis Montag
Das **Elite-Doppel-Programm:**
Der Mann ohne Namen.

Nach dem Roman
„Peter Voß, der Millionendieb“.
1. Teil: **Der Millionendieb.**
Hauptrollen: **Harry Liedtke, Lori Leux,**
Mady Christians, Georgs Alexander.
Ferner:
Eine Frau mit Vergangenheit.
Hauptrolle: **Gorlud Welcker.** Zus. 10 Akte.

Einlaß Sonntags 4 1/2, wochentags 5 1/2 Uhr.